

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13 008.

**Inserate** kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Plagvorschrift 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Das Drama des italienischen Meeres.

### Zum Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie. Wien, 19.—24. Oktober.

Von Dr. Anna Frey.

Ungefähr zur selben Zeit, da der Würzburger Parteitag abgehalten wurde, versammelten sich in Wien die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft Österreichs zum ersten Parteitag in der Kriegszeit.

Während all der 3/4 Jahre hatten zwischen der Wiener und der Berliner Parteileitung die engsten Beziehungen bestanden, und lange Zeit hatten die führenden Genossen in Österreich die Taktik der deutschen Mehrheit gebilligt und verteidigt.

Dennoch bot die Wiener Tagung ein ganz anderes Bild als die von Würzburg, und obgleich bei den Wiener Beratungen die Mehrheit des Parteivorstandes noch viermal so stark war, als die Opposition, und obwohl die Mehrheit wiederholt sehr schroff gegen die Minderheit auftrat und fast alle Anträge der Minderheit ablehnte oder abschwächte, so nahmen die Verhandlungen in Wien doch einen entschiedenen für die Unabhängigen in Deutschland erfreulichen Verlauf als für die Abhängigen.

Die deutsche Arbeiterschaft Österreichs ist äußerst unzufrieden, zum großen Teil auch unzufrieden mit der Tätigkeit der Parteileitung und der Parlamentsfraktion, aber auch unzufrieden — das klang auch aus den Worten so manches Vertreters der Mehrheit heraus — mit der Haltung der Mehrheitspartei in Deutschland, deren Politik ja auch von großer Bedeutung ist für die Verhältnisse in Österreich. Wird doch die Entscheidung über Krieg und Frieden auch für Österreich in Berlin gefällt.

Wenn Genosse **Behler** (Brud a. d. Mur) sagte: „Es ist gesagt worden, wir mögen über die deutsche Partei nicht zu Gericht sitzen. Wenn aber die Arbeiterbewegung heute einen derartigen Leistungsstand erreicht hat, so verdanken wir das zum großen Teil der ganz unbegreiflichen Haltung der Mehrheitspartei der deutschen Sozialdemokraten“, so gab er damit nicht nur der Meinung der Opposition Ausdruck, sondern der eines sehr großen Teils der deutsch-österreichischen Arbeiterschaft. Das beweist die Tatsache, daß bei den Debatten über den Parteitag- und Fraktionsbericht auch die Mitglieder der Parteileitung es für notwendig hielten, zu betonen, daß sie durchaus nicht mit der Politik der reichsdeutschen Mehrheitspartei ganz einverstanden seien.

Selbst Genosse **Viktor Adler**, auf dessen Autorität sich Scheidemann-Ebert wiederholt berufen zu können glaubten, sah sich veranlaßt zu erklären, daß er mit der Mehrheit in Deutschland in vielen Dingen nicht einverstanden sei. „Wir werden ja sehen, wie lange es möglich ist, den Optimismus aufrecht zu erhalten, mit dem die Parteimehrheit draußen heute zu handeln scheint. Ich fürchte, es werden bittere Enttäuschungen kommen. Aber es ist nicht meine Sache, zu rufen.“

Diese Tatsache kann auch nicht verdunkelt werden durch die Worte **Seligers** (Leipzig), die der Vorwärts seitgedruckt wieder gegeben hat: „Aber mir anzumessen, das Urteil über sie (die reichsdeutsche Mehrheit) auszusprechen, das ist mir niemals in den Sinn gekommen. Und wenn es vielleicht noch begreiflich und entschuldbar war vor dem deutschen Parteitag, nach dem Parteitag haben wir kein Recht mehr dazu. Denn hinter der Mehrheit steht die Mehrheit der deutschen proletarischen Vertrauensmänner. (Beifall und Oho-Rufe.) Und diesen bringe ich Vertrauen entgegen.“ Auch Seliger beteuerte ja: „Auch mir hat die Politik der Mehrheit der deutschen Partei in einzelnen Dingen gewiß nicht gefallen.“

Obwohl manche Erscheinung, die sich auf dem Parteitag bemerkbar machte, wenig erfreulich war, so ist doch das Ergebnis dieser Tagung unverkennbar ein Rud der gesamten Partei nach links. Wenn man in Würzburg, wie die Volksfische Zeitung vom 23. Oktober schreibt, „von Revolution und Internationalen Abschied genommen“ hat, so hat sich in Wien wenigstens in Worten auch die Mehrheit wieder zu den alten internationalen Grundsätzen bekannt, und der Ruf **Viktor Adlers**: „Parteiengenossen! Erfüllen Sie sich nur recht mit revolutionärem Geiste! Je mehr Sie es tun, desto besser.“ war doch mehr als ironisierender Witz gegen die Linke.

Wie weit man bereit ist, die Worte in die Tat umzusetzen und die einstimmigen Beschlüsse, durch Massenversammlungen und Massendemonstrationen den Friedens-

willen des Proletariats zum Ausdruck zu bringen, auch durchzuführen, muß die nächste Zukunft lehren.

Das bedeutendste und eindrucksvollste Ereignis des ganzen Parteitags war „die Erklärung der Linken“. Der Eindruck der darin zum Ausdruck gebrachten Anschauungen und Forderungen war ein so starker auf alle Delegierten, und die Erkenntnis von der Notwendigkeit, über diese Erklärung eingehend zu diskutieren, so allgemein, daß beschlossen wurde, diese Diskussion von der über den Parteivorstandsbericht zu trennen und jedem Redner statt zehn Minuten 30 Minuten Redezeit zu gewähren. Zwei Tage nahm nun die sehr eingehende, zum Teil auch recht leidenschaftlich und heftig geführte Auseinandersetzung zwischen der Rechten und der Linken in Anspruch; es wurde ihr ein größerer Raum gewährt, als jedem anderen Punkte der Tagesordnung.

Diese Debatte brachte der Linken einen großen moralischen Erfolg.

Bei den drei Reichskonferenzen, die im Mai 1915, im März und im November 1916 stattgefunden hatten, waren die Anträge der Linken verspottet und verlacht und mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Bei der ersten Konferenz stimmten nur 10 Delegierte für die Anträge der Opposition, auf der zweiten 16, auf der dritten 33.

Die „Erklärung der Linken auf dem Parteitag Wien 1917“ wurde von 54 Delegierten unterschrieben. Nicht mehr zu verachten suchte man den Standpunkt der Opposition, sondern mit größtem Ernste wurden nun die einzelnen Probleme besprochen. Eines der Hauptargumente gegen die Erklärung war freilich, daß sie offene Türen einrenne, ein in Österreich so beliebtes Argument, um vorhandene Gegensätze nicht auszutragen, sondern zu verwischen.

Mit Recht konnte **Neurath** (Reichenberg), der Generalsekretär der Linken, den Einigkeitssatz **R. Adlers** als eine Anerkennung und einen Erfolg der Minderheit begrüßen.

Bei der nun folgenden Debatte über den Parteivorstandsbericht beantragte **Janecek** im Auftrag der Bezirksorganisation **Brigittenau** ein Mißbilligungs-votum gegen den Parteivorstand. **Janecek** gehört nicht der Linken an; sein Standpunkt ist ein ganz anderer, und der Linken war es sehr lieb, daß er sehr entschieden gegen ihre Erklärung auftrat.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag wie bei der über die Entlastung des Parteivorstandes übte die Linke Stimmhaltung, wie von **Riese-wetter** (Trautenau) hervorgehoben wurde, was allerdings aus dem Bericht der Arbeiterzeitung nicht zu ersehen ist.

Bei der Debatte über den Fraktionsbericht waren es besonders drei Punkte, bei denen der Gegensatz zwischen der Rechten und der Linken zum Ausdruck kam: erstens die Frage, ob die Fraktion ihren Beschluß vom 29. April „auch auf dem Boden des Parlaments mit aller Entschiedenheit für einen raschen Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen zu wirken“, bisher nachgekommen oder nicht, und ob es nicht ein Unterlassungsfehler war, daß die Partei im Parlament bisher keinen Antrag eingebracht hat, der diesen Willen zum Ausdruck bringt, zweitens die Frage der Kreditbewilligung und drittens die Frage des Ministerialismus.

Der Antrag **Riese-wetter**, der der Auffassung der Linken zu der ersten Frage Ausdruck gab, wurde abgelehnt.

### Ein anklagendes Schweigen!

In unserer Montagnummer haben wir den Angriff der Chemnitzer Volksstimme auf den Genossen **Geyer** wegen seiner Stütteriger Rede, worin er die Fraktion Scheidemann eines schmählischen Doppelspiels in der Reichstags-sitzung des 9. Oktober bei dem Vorstoß des Reichskanzlers und des Staatssekretärs **Capelle** gegen die Unabhängige Sozialdemokratie überführte, in unserm Leitartikel Die Entrüsteten zurückgewiesen. Zugleich haben wir die Anklage **Geyers** erweitert durch den Hinweis auf die Behauptung der Kreuzzeitung, daß die Vertreter der Fraktion Scheidemann in dem Geheimaus-schuss beim Reichskanzler gegen seine Erklärung, die Unabhängige Sozialdemokratie müsse unter **Aus-nahme-recht** gestellt werden, keinen Widerspruch erhoben hätten. Wir haben diese Behauptung des konservativen Blattes vorerst mit Vorbehalt verzeichnet und an die Führer der Regierungssozialisten die Frage gestellt, was sie zu dieser schweren Bezeichnung der Kreuzzeitung zu sagen haben.

Jeder politische Abschwärze wird ohne weiteres einsehen, daß die Fraktion Scheidemann ein starkes Interesse daran haben muß, die Beschuldigung des konservativen Blattes sofort zurückzuweisen und zu entkräften, wenn sie dazu imstande ist. Sie mußte nach unserm Hinweis auf den Kreuzzeitungsartikel um so mehr die Dringlichkeit einer solchen Reinigung empfinden, da sie aus eigenen Stücken die Neuerung der Kreuzzeitung nicht aufgegriffen hatte, was um so auffälliger ist, als sie eine schon acht Tage früher erfolgte Notiz desselben Blattes mit dem gleichen Inhalt ebenfalls übersehen hatte.

Indes, bis heute hat weder die Chemnitzer Volksstimme, die doch die nächste dazu gewesen wäre, noch der Vorwärts, der auch gegen den Genossen **Geyer** vom Leber gezogen hatte — er beschuldigte ihn einer krasen, bewußt ausgesprochenen Unwahrheit und bezeichnete es als wirklich der Aufklärung wert, ob „der alte Geyer“ oder nur „ein unwissender Berichterstatter der V. B.“ gefälscht habe — mit einer Silbe die Angelegenheit erwähnt. Sollten beide Blätter unsern Artikel vom Montag nicht gelesen haben? Das wäre eine wahrhaft merkwürdige Häufung sonderbarer Zufälle. Die Redaktionen dieser Blätter hätten es dann fertig gebracht, zwei wichtige Neuerungen der Kreuzzeitung und einen Leitartikel der Leipziger Volkszeitung, die diese Sache betrafen, glattweg zu übersehen. Es gehört ein starker Glaube dazu, anzunehmen, daß die Herren dreimal etwas nicht gelesen haben, was ihnen unbequem ist.

Ob sie nun auf diesen unsern erneuten Hinweis endlich antworten werden? Sie sollten sich dazu entschließen. Denn wenn sie weiter schweigen, so werden sie damit ihre Sache sicherlich nicht bessern. Schweigen auf eine solche Anklage bedeutet Eingeständnis!

Wollen oder müssen Vorwärts und Chemnitzer Volksstimme eingestehen, daß die Bezeichnung der Kreuzzeitung wahr ist?

Die Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz vom 27. Oktober (Nr. 28) hat die Anwürfe des Vorwärts gegen den Genossen **Geyer** aufgenommen. Sie behauptet, daß der Abgeordnete **Geyer** die Stütteriger Versammlung „bewußt belogen“ habe und gebraucht das demagogische Festscherzstück, seiner Anklage den Leitartikel der Leipziger Volkszeitung entgegenzustellen, der am 9. Oktober unter dem unmittelbaren Eindruck der Reichstags-verhandlungen geschrieben wurde. In diesem Leitartikel wurde gesagt, daß Herr **Ebert** gegen den Kanzler **Löwe** sand, die an seine besseren Zeiten erinnern; den Schatten des Sozialistengesetzes beschwöre ein deutscher Staatsmann selbst vor abhängigen Sozialdemokraten noch nicht ungekräft herauf. Aus dieser unserer Äußerung schließt die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, die Leipziger Volkszeitung habe wahrheitsgemäß zugeben müssen, daß die Sozialdemokratie ihre Pflicht getan habe. Im schroffen Gegensatz dazu aber „läßt der Vertreter für Leipzig-Land die Leipziger Arbeiter bewußt an, und die Parteileitung der Leipziger Unabhängigen unterbreitet einer Volksversammlung eine Resolution, die ebenfalls bewußt verlogene Behauptungen aufstellt“. Diese effektvolle Gegenüberstellung der Parteikorrespondenz ist ein niedlicher kleiner Schwindel, der auf Leser berechnet ist, die urteilslos alles hinnehmen, was ihnen gedruckt vorgelegt wird. Die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz verschweigt ihnen, daß zwischen dem Leitartikel der Leipziger Volkszeitung vom 10. Oktober und der Rede des Genossen **Geyer** am 21. Oktober eine neue Tatsache liegt, die der Sache ein anderes Gesicht gegeben hat. Am 9. Oktober konnte Genosse **Bloß**, als er seinen Leitartikel über die Reichstags-sitzung jenes Tages schrieb, noch nicht wissen, was einige Tage später erst bekannt wurde, daß nämlich der Reichskanzler sein „Material“ gegen die drei verdächtigsten Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie schon geraume Zeit vor jener Reichstags-verhandlung im geheimen Siebener-Ausschuss den Parteiführern vorgelegt hatte, daß also die Herren Scheidemann und **Ebert** zum mindesten von der Möglichkeit des Angriffs, der am 9. Oktober gegen unsere Partei erfolgte, gewußt haben und es nicht für nötig befunden hatten, den Verdächtigten davon Mitteilung zu machen. Die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz weiß diesen Unterschied in der Situation des 9. und des 21. Oktober ganz gut, aber sie zieht es vor, sich dumm zu stellen, um ihr unehrliches Festscherzstück gegen den Genossen **Geyer** aufzuführen zu können. Wir brauchen sie auf diesen Sachverhalt nur festzunageln, um sie der gebührenden Beurteilung der Deffentlichkeit zu überliefern.

Ob die nächste Nummer der Sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz auf die zweimalige Behauptung der Kreuzzeitung eingehen wird, daß die Führer der Regierungsjournalisten im geheimen Siebener-Ausschuß gegen die von Herrn Dr. Michaelis angekündigte Ausnahmebehandlung der Unabhängigen Sozialdemokratie nichts einzuwenden hatten? Wir sind begierig!

## Weiter abwarten!

### Noch keine Entscheidung in der Kanzlerkrise.

Graf Hertling ist am Nachmittage des 1. November vom Kaiser empfangen worden, nachdem er seine Verhandlungen mit den Führern der Mehrheitsparteien beendigt hatte. Er soll dem Kaiser mitgeteilt haben, daß er bereit sei, das Amt des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen. Eine amtliche Mitteilung über den Verlauf der Unterredung liegt nicht vor, doch wird allgemein erwartet, daß die Ernennung des Grafen zum Kanzler heute Freitag bekanntgegeben werde. Sie wird vorläufig ein verhängnisvoller Akt bleiben; die weiteren Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung sind anscheinend noch nicht fest entschieden und bleiben wohl weiteren Verhandlungen vorbehalten. Die Germania erklärt, aller Voraussicht nach werde der Kaiser, wie es bei jedem neuen Chef der Reichsleitung üblich sei, dem Grafen Hertling freie Hand bei der Auswahl seiner Mitarbeiter lassen. Ob die Ministerliste, die der Vorwärts gestern mitteilte, zutrifft, ist noch nicht ganz sicher. Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß man in den interfraktionellen Beratungen darüber einig war, die Ernennung liberaler Parlamentarier zum Vizekanzler und zum Stellvertreter des preussischen Ministerpräsidenten sei „dringlich wünschenswert“. Graf Hertling habe aber noch keine verbindlichen Verpflichtungen übernommen, sondern nur versprochen, die ihm unterbreiteten Gedanken und Namen „in Erwägung zu ziehen“. Die Kandidatur des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Friedberg zum Stellvertreter des preussischen Ministerpräsidenten findet auf der Linken Gegenstand, weil sie in ihm keinen energischen Vertreter der preussischen Wahlreform erblicken kann, und weil er als ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie gilt. Das Berliner Tageblatt schlägt indes schon eine Brücke für den Herrn. Wenn er, dessen große Klugheit und ausgezeichnete Eigenschaften auch von seinen politischen Gegnern nicht verkannt würden, der gegenwärtigen politischen Lage und ihren Anforderungen „Rechnung tragen“ wolle, so würde gegen seine Kandidatur nichts mehr einzuwenden sein. Auch von der Sozialdemokratie müsse man erwarten, daß sie dann ohne Kleinlichkeit zur Ermächtigung eines einzigen Zusammenschlusses weiter beitragen werde. Als Kandidaten für die „Parlamentarisierung“-Posten wird übrigens auch der fortschrittliche Abgeordnete Fischbeck genannt, neben v. Payer und Dove. Herr v. Payer liegt zur Zeit an Rheumatismus krank in Stuttgart, deshalb soll, wenn ihm die Übernahme des Vizekanzlers nicht möglich wäre, sein Fraktionskollege Dove, der jetzige Vizepräsident des Reichstages, zu diesem Posten in Aussicht genommen sein.

Die Germania teilt weiter mit, daß Graf Hertling nach seiner Ernennung sich nach München zurückgeben werde, um das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten abzugeben, in etwa acht Tagen würde er dann sein Amt in Berlin übernehmen. Dann fährt das Blatt fort: Es besteht nun der dringende Wunsch im In- und Auslande, der neue Kanzler möge sich möglichst bald im Reichstag vorstellen und dort Erklärungen abgeben. Man glaubt, daß das am besten im Wege der Beantwortung einer Interpellation geschehen könne. Denn in weitesten Kreisen des Reichstages hat man den Wunsch, nachdem eine Plattform für ein dauerndes und einträgliches Zusammenarbeiten zwischen Parlament und Regierung gefunden ist, dem Grafen Hertling das Vertrauen der Volkvertretung zum Ausdruck zu bringen, was im Anschluß an eine Interpellation am ehesten geschäftsmäßig möglich ist. Voranschläglich würde der Reichstag schon Mitte dieses Monats zu einer Tagung zusammenzutreten. Das die Vorlage über die preussische Wahlreform anlangt, so hat sie, wie wir hören, gestern die Zustimmung des Königs erhalten, so daß ihrer sofortigen Einbringung im Abgeordnetenhaus nichts mehr im Wege steht. Die erste Lesung dürfte jedoch erst nach der erwähnten kurzen Reichstagstagung stattfinden.

Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß wegen der Veränderungen in der preussischen Regierung, die auf den 8. November angesetzt sind, die Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses um einige Tage verschoben werden wird.

In einigen konservativen und alldeutschen Blättern wird die Art, wie die Ernennung des neuen Kanzlers zustande kommt, die vorhergehende Fühlungnahme des Kanzlerkandidaten mit den Parteien (sicher als die Anerkennung des parlamentarischen Systems durch die Krone, als die Aufgabe der wichtigsten Kronechte und Verfassungsbestimmungen bejammert. Die Deutsche Zeitung bezeichnet die Vorgänge als einen „Auserwählung“, in dem Graf Hertling Rechte der Krone, Staatsautoritäten und verfassungsmäßige Schranken zu „jedem annehmbaren Preise“ abgegeben habe. Der Deutsche Kurier spricht von einer völligen „Zerrüttung unseres politischen Lebens und fortschreitender Zersetzung von Verfassung und Staatsgewalt“.

Etwas nüchterner urteilt die Kreuzzeitung. Sie erhebt Widerspruch gegen das Verfahren, erkennt es aber nicht als eine für die Zukunft geltende Systemänderung an. Sie müsse Verwahrung dagegen einlegen, daß dies Verfahren „nun gewissermaßen ein für alle Zeiten alljährliches staatsrechtliches Gewohnheitsrecht“ geschaffen habe. Die Kanzlerkandidatur des Grafen Hertling stehe unter sachlichen und persönlichen Ausnahmeverhältnissen. Als Verwundeter, der auf seinen körperlichen Zustand Rücksicht nehmen müsse, habe er berechtigten Grund, nur an eine Aufgabe heranzutreten, die an seine Leistungsfähigkeit nicht übermäßige Anforderungen stelle. Außerdem lasse der Kampf, in dem Deutschland jetzt stehe, es auch sachlich dringend erwünscht erscheinen, daß innere Kämpfe nach Möglichkeit vermieden würden.

Dieser Hinweis auf die Ausnahmeverhältnisse, unter denen die „Annäherung an das parlamentarische System“ zustande gekommen ist, sollte dem Vorwärts zu denken geben, der in seinem heutigen Leitartikel sein Beginnen von gestern fortsetzt, die Art der Ernennung des Grafen Hertling als Erfolg zu buchen, da er die Ernennung selber nur mit Vorbehalt auf das Erfolgslose setzen kann. In dem Leitartikel seiner Freitagsummer vertritt er, daß die Vorgänge, die sich jetzt um die Beendigung der neuen

Kanzlerschaft des Grafen Hertling abspielen, einen Wendepunkt in der innerpolitischen Geschichte Deutschlands bilden, „der für unsere gesamte Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus entscheidend sein kann“. Der größere Teil des Weges vom Obrigkeitstaat zum parlamentarisch regierten Lande sei in Deutschland nunmehr zurückgelegt. Hinterher wird dann versucht, den schlichten Erfolg herauszuarbeiten. Die Sozialdemokratie stehe heute anders da, als im Reichstag noch der schwarze Block allmächtig war. Sie gehöre jetzt zu den Parteien, die im Reichstag die Mehrheit bilden. Wenn sie es auch abgelehnt habe, in die neue Regierung einzutreten, so nicht etwa, weil sie ihr von vornherein Schwierigkeiten machen wolle. Sie werde sie vielmehr tatkräftig unterstützen, solange sie in ehrlicher und loyaler Weise das Programm der Mehrheitsparteien durchführe, „das namentlich umfaßt die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, die Aufhebung der schrankenlosen Zensur des Reichstages, die Schaffung von Arbeitskommissionen und die Aufhebung der politischen Zensur“. Indes sei eine gewisse Vorbedingung für die Sozialdemokratie geboten; sie könne den Eintritt in die Regierung ab, da sie von den übrigen Parteien der Mehrheit stehende Unterwürigkeit in den wichtigen Fragen der Grundgesetzgebung trennen; es erhebe sich ihr räumlich, sich eine gewisse Handlungsfreiheit vorbehalten. Dasselbe habe die östliche Sozialdemokratie jahrelang gegenüber dem bürgerlich-demokratischen Kabinett Fahl mit Erfolg getan, „erledigt ist jetzt in Dänemark die Sozialdemokratie auch ins Ministerium eingetreten“.

So wird also zum Schluß den Anhängern der Hoffnung auf sozialdemokratische Minister aufrechterhalten. Außerdem wird der Schluß gezogen, daß die Arbeiterpartei aus den Vorkämpfen die politische Lehre zu ziehen habe, bei den nächsten Reichstagswahlen dahin zu wirken, „daß der Sozialdemokratie die absolute Mehrheit der Reichstagsmandate zufällt, so daß sie von der jetzigen „Möglichkeit zur Macht“ zur Macht selber gelange. Heute bringe das parlamentarische System hauptsächlich die sogenannten Mittelparteien an die Regierung. Aber aus dem Umstand, daß nicht der Sozialdemokratie die ersten Früchte der Erregung in den Schöpfungstagen, diese man sich den Will für die Größe und die Bedeutung der Tatsache trüben lassen, daß die moderne Form der parlamentarischen Regierung in Deutschland ihren Einzug hält. Die Wandlung, die sie innerhalb dreier Monate vollzogen hat, hat den Punkt überschritten, an dem noch eine Rückkehr zum alten Obrigkeitstaat möglich ist“.

So, der Vorwärts. Seine Resignation paßt nicht recht zu den Siegesfanfaren, die Herr Scheidemann in Würzburg aus vollen Lungen gelassen hat. Damals hörte man von der führenden Rolle, die die Regierungssozialisten im Mehrheitsblock einnehmen wollten. Jetzt geht es bei gedämpfter Trommelklang. Konzeptionen auf Konzeptionen haben die Scheidemann machen müssen, um den Mehrheitsblock zusammenzufassen. Und das Ergebnis ist ein Kanzler, den sie nur mit Mißtrauen betrachten können. Was er bringen wird, das steht noch dahin. Da hat der Vorwärts allerdings allen Grund, seinen Lesern begreiflich zu machen, daß die Ernennung Hertlings auf alle Fälle ein Erfolg ist, selbst wenn die Regierungssozialisten dabei schlecht fahren sollten!

## Ein Wendepunkt.

Die zwölfte Isonzo-Schlacht hat im Laufe von acht Tagen einen völligen Umschwung der Kriegslage gebracht. Die italienischen Heere am Isonzo sind zerschmettert, Italien, das von der Entente militärisch bisher als Akkordposten gebucht wurde, ist mit einem Schlag für sie zu einem Postposten geworden. Die Westmächte haben eine Front mehr zu stützen.

Die militärischen Auswirkungen des Zusammenbruchs der italienischen Streitmacht am Isonzo entziehen sich unserer Beirprechung. Die politischen Wirkungen, die er haben kann, sind von der größten Bedeutung für die Herbeiführung des Friedens, für das Geschick des italienischen Volkes wie der Völker aller kämpfenden Staaten. Diese Wirkungen können ähnlich sein wie die Wirkungen des Zusammenbruchs Rußlands im Frühjahr 1915, der von entscheidendem Einfluß auf die Herbeiführung des Friedens geworden ist.

Der Zusammenbruch Rußlands im Frühjahr 1915 war der Anfang vom Ende des Zarisismus. Aber erst zwei Jahre später hat die russische Revolution den Zarisismus überwunden gehabt, zwei Jahre später, die erfüllt waren von gewaltigen Kämpfen, die gewaltige Opfer erfordert haben. In russischen sozialistischen Kreisen erwartet man eine Wirkung des militärischen Zusammenbruchs Italiens auf die Völker, namentlich auf die Bevölkerung Italiens. Das maximale Organ, Nowaja Schina, hofft, daß durch die italienische Niederlage der sinkende Einfluß Rußlands bei der Entente wieder wachsen könne. Es schreibt: „Wenn die russischen Unterhändler energisch für die von Soboleff erteilten Vorschriften eintreten, werden wir dem Frieden um einen erheblichen Schritt näherkommen. Daher ist die italienische Niederlage bedeutend für die ganze politische Lage.“ Die Wirkung auf das Volk in Italien läßt sich heute noch nicht erkennen. Soviel jedoch kann man ohne Gefahr voraussagen, daß das italienische Volk heute mehr als jemals einen Frieden herbeisehnt, wie es ihn vor dem Schlag am Isonzo gewünscht hat. Ähnliche Wirkungen werden auch innerhalb der Völker der Entente zu verzeichnen sein. Aber nicht das politik-kritische Urteil der breiten Massen des Volkes, deren Annexionsstimmung verfloren ist, entscheidet im Augenblick noch über die politische Lage. Die Ententeregierungen mögen vielleicht geneigt sein, dem Druck der Stimmung ihrer Völker bei der Festsetzung ihrer Kriegsziele entgegenzukommen. Eine andre Frage ist jedoch die der Fortführung des Krieges, über die die Entscheidung nicht bei den Ententeregierungen allein liegt.

Die Lage ähnelt heute der vom Frühjahr 1915 auch in dieser Hinsicht. Nach dem Zusammenbruch Rußlands in diesen Tagen trat zum erstenmal klar die Bedeutung der Kriegsziele für die Beendigung des Krieges zutage. Damals trat jene Verschiebung in den Kriegsziele ein, die in dem Bekenntnis des Präsidenten des preussischen Herrenhauses, daß das Ziel der Sicherung Deutschlands erreicht sei, und in der Denkschrift der sechs Wirtschaftsgewerkschaften über die Kriegsziele gekennzeichnet ist. Diese Wirkung war hervorgerufen durch die militärischen Erfolge im Osten. Sie hatte zur Folge, daß damals in richtiger Erkenntnis des Kommenden eine energische Friedenspolitik auf der Linken der deutschen Sozialdemokratie gefordert wurde, deren Berechtigung heute deutlicher ist, als damals. Was damals das Gebot der Stunde war, das ist es heute mehr denn je.

Das Ziel der Politik der kämpfenden Regierungen ist der militärische Erfolg, der die sicherste Stütze ihrer Politik bedeutet. Der Erfolg der einen aber ruft bei der anderen den Willen zur Fortsetzung des Kampfes in der Hoffnung auf Ausgleich der Niederlage hervor, solange nicht eine der kämpfenden Gruppen völlig zusammengebrochen ist. Mit dem militärischen Erfolg aber ändern sich die politischen Kriegsziele. Ist schon der Wille zur Fortsetzung des Krieges das stärkste Friedenshindernis, so wird durch die Divergenz der mit dem Kriegsglück wechselnden Friedensziele die Herbeiführung des Friedens noch mehr erschwert. Der Sinn der Politik Bethmann-Hollwegs bestand einfach darin, sich nicht auf ein Kriegsziel unabhängig von der militärischen Lage festzulegen. Diese Politik wurde im Frühjahr 1915 — einem der Wendepunkte des Krieges — entscheidend für seine Weiterführung. Nun muß sich zeigen, ob auch heute, wo abermals ein militärischer Wendepunkt des Krieges eingetreten ist, die Politik der deutschen Regierung wieder entscheidend werden wird für seine Beendigung oder für seine Fortführung.

Als im Frühjahr 1915 die Annexionisten in Deutschland nach einer Ausnutzung der Kriegslage zu Eroberungszwecken drängten, hat die deutsche Regierung zu erkennen gegeben, daß sie willens sei, ihr Kriegsziel von der militärischen Lage abhängig zu machen, und die politischen Konsequenzen aus ihren militärischen Eroberungen zu ziehen. Heute drängen die Alldeutschen, nunmehr auch den Sieg am Isonzo zu Eroberungszwecken gegen Italien auszubedenken. Die Russische Zeitung begann bereits am 28. Oktober mit der immerhin noch vorsichtigen Bemerkung: „Der Gegner wird heute längst wissen, daß unser Ziel weiter geht, als nur zur Sicherstellung Triests.“ Tags darauf schrieb die Deutsche Tageszeitung:

Es ist aber sehr fraglich, ob nicht in Venedig und der Lombardei immerhin Gebiete vorliegen, deren rechtmäßiger Besitzer eigentlich Oesterreich ist. Gebiete, die demnach noch nicht an den rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben sind!

Jetzt hat im selben Organ Graf Reventlow positiv ausgesprochen, was die Alldeutschen als das Ziel der Offensive gegen Italien betrachten. Er schreibt:

Wie wir vor einigen Tagen andeuteten, wird unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse die Möglichkeit zu benutzen haben, sich ein für allemal seine Stellung am Adriatischen Meere auszubauen und zu sichern. Oesterreich-Ungarn braucht die Freiheit des Adriatischen Meeres für seine spätere Entwicklung notwendig, sie ist ebenfalls für das Deutsche Reich wichtig wie wirtschaftspolitisch von großer Bedeutung. Wir behalten uns vor, hierauf zurückzukommen und beschränken uns heute auf die allgemeine Feststellung des Zieles: daß für die Zukunft eine Betätigung aktiver adriatischer Politik Italiens ein für allemal unmöglich gemacht werde, und zwar nicht durch papieren, sondern durch wirkliche Garantien, nämlich durch entsprechende Verschickungen im Rüstungsbereich des Adriatischen Meeres. Auch was die Landgrenzen anlangt, sind Sicherungen notwendig, deren Festsetzung wir wohl unsern Bundesgenossen ruhig überlassen können.

Wie wir von unsern österreichisch-ungarischen Bundesgenossen erwarten, daß sie für solche Bedürfnisse künftiger Sicherheit und Feststellung des Deutschen Reiches volles Verständnis zeigen und dementsprechend während des Krieges und der Friedensverhandlung mit allem ihrem Gewicht beistehen, so sind auch wir Deutschen ohne weiteres bereit, auf dem Boden für die Nachbesserung unres Verbündeten am Adriatischen Meere und damit für seine Feststellung im Mitteladriatischen Meere und der Welt einzutreten.

Auf der andern Seite sind die Regierungen der Entente nicht geneigt, zu kapitulieren. Sie haben ihren Willen zu erkennen gegeben, Italien militärische Hilfe zu leisten und den Kampf fortzusetzen. Der Wille zur Niederrückung des Gegners herrscht nach wie vor hüben und drüben, und er muß durch die annexionistische Hege in Deutschland neue Stütze erfahren. Um so mehr, da in deutschen alldeutschen Organen die Hoffnung ausgesprochen worden ist, daß die Isonzooffensive der Mittelmächte die alldeutschen Pläne zur Eroberung der flandrischen Küste stützt und stärken werde. In dieser Situation haben die Ententeregierungen der italienischen Regierung gegenüber die feierliche Erklärung abgegeben, daß sie die Unverletzlichkeit des italienischen Staatsgebietes garantieren. Die amerikanische Regierung hat Italien tatsächliche Hilfe zugesagt. Italien ist der Entente leichter zugänglich, wie Rußland und Rumänien. Die Entente wird aller Voraussicht nach Italien nicht ohne äußerste Anstrengung fallen lassen.

Danach lassen sich militärische Operationen voraussehen, deren Auswirkung sich auf lange Zeiträume erstrecken werden. Damit ist aber auch eine gewisse Klarheit über die Friedensausichten geschaffen, die der pessimistischeren Auffassung recht gibt.

In seiner letzten Rede über den Frieden hat der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren, Graf Czernin, erklärt, daß, wenn die Entente sein Programm nicht unverzüglich annehme, die Regierungen der Mittelmächte dieses Anerbieten zurückziehen und sich völlig freie Hand für eine Neuverfestigung ihrer Friedensziele vorbehalten würden. Der militärische Schlag, der jetzt erfolgt ist, wird, wie aus Paris gemeldet wird, namentlich in Frankreich als Einleitung zu einer Revision der Kriegsziele der Mittelmächte in noch weitergehendem Eroberungssinne aufgefaßt. Sollte sich das bewahrheiten, so würden die Folgen der militärischen Entscheidung am Isonzo für den Frieden die gleichen sein, wie seinerzeit die Folgen der Niederlage Rußlands. Die innerpolitische Folge in Deutschland war im Jahre 1915 der Beginn des Zusammenbruchs der Friedenskräfte. Sollte heute eine ähnliche Wendung der Politik der deutschen Regierung wie damals die Folge sein, so müssen die Friedenskräfte, die im Volke liegen, energischer als bisher für den Frieden wirken.

## Die Lage in Rußland.

### Republik Finnland.

Helsingfors, 1. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Ausschuß für die Staatsgrundgesetze hat die Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs über die neue politische Ordnung beendet. Dieser bestimmt unter anderem, daß mit der Veröffentlichung dieses Gesetzes, mit dem es zugleich in Kraft tritt, der Senat Maßnahmen zur Wahl des Präsidenten der finnischen Republik treffen wird. Die Amtstätigkeit des Präsidenten wird einweilen von dem stellvertretenden Präsidenten des Verfassungs Ausschusses des Senats ausgeübt werden.

### Der Präsident Finnlands.

Petersburg, 31. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Finnische Blätter bezeichnen den Prokurator des Senats Svinhuyud als künftigen Präsidenten der Republik Finnland.

### Der Konflikt mit der Ukraine.

Petersburg, 31. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Infolge der Kasakungsbestrebungen, die das Generalkommando der Ukraine immer betont, beschloß die provisorische Regierung als erste Maßnahme der Befreiung der Ukraine alle Weidmänner zu verweigern, die sie bisher zur Beistellung ihrer Verwaltung empfing.

### Der Kongress der A- und S-Räte.

Petersburg, 31. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der nach Moskau für den 2. November einberufene Hauptkongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Russlands ist auf den 7. November verschoben worden.

### Der Oberbefehl über Petersburg.

Petersburg, 31. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Erlass der vorläufigen Regierung stellt Peterburg, Kronstadt und ganz Finnland unter den Befehl des Oberkommandierenden der Nordfront.

### Der A- und S-Rat gegen Provokationen.

Stockholm, 31. Oktober. Eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur besagt, daß hartnäckige Gerüchte über eine von den Maximalisten beabsichtigte bewaffnete Unternehmung gegen die Regierung in der Presse lebhaft besprochen würden und in politischen Kreisen der Hauptstadt eine gewisse Unruhe erregten; die meisten Zeitungen nahmen gegen diesen angeblichen Plan scharf Stellung, auch Maxim Gorki bekämpfte in Nowaja Zhisn die „treuen und geschlossenen Agitatoren“, welche von neuem verschiedene Bevölkerungsteile gegen einander heben und die Revolution in einem Reize von Blut ertränken wollten. Gorki forderte den Hauptauschuss der Maximalisten auf, jenen aufregenden Gerüchten unzweideutig zu widersprechen. Politische, militärische und soziale Verbände nahmen rüchlos gegen jenen Plan der Maximalisten Stellung, und im Kriegsministerium seien telegraphische Bitten von Regimentsauschüssen um die Erlaubnis eingegangen, mit bewaffneter Hand gegen eine solche Verschwörung von Politikern im Hinterlande einzuschreiten zu dürfen. Entschuldigungen in ähnlichem Sinne seien vom Hauptauschuss der Flotte und von dem Allgemeinen Kongress der Vertreter von Stadtverwaltungen in Moskau gefast worden.

Die Morgenblätter stellen fest, daß die Bevölkerung und die Arbeiter von Petersburg durchaus gegen jenen Plan seien. Petersburg, 31. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Infolge der hartnäckigen Gerüchte, daß die Maximalisten zwischen dem 2. und 7. November ein bewaffnetes Vorgehen beabsichtigen, um die Nacht an sich zu reihen, riefen die Arbeiter- und Soldatenräte einen Aufruf an die Arbeiter und Soldaten, in dem sie erwähnt werden, nicht in die Falle zu gehen und sich durch die Provokation nicht hängen zu lassen, sondern die Ruhe zu bewahren. Gleichzeitig schreibt der Arbeiter- und Soldatenrat den Arbeiterauschnüssen in den Werken und Fabriken vor, an niemand, wer es auch sei, Gewehre oder Waffen ohne besondere Ermächtigung des Arbeiter- und Soldatenrates auszuliefern.

### Vom westlichen Kriegsschauplatz.

#### Französischer Heeresbericht

31. Oktober abends. Nördlich der Aisne und in der Gegend von Binon Artillerietätigkeit.  
Die endgültige Zahl der von uns im Laufe der Offensive vom 28. bis 27. Oktober Gefangenen und erbeuteten Kanonen ist folgende: 11 157 Gefangene, darunter 237 Offiziere, und 180 Geschütze. Auf dem rechten Maas-Ufer versuchten die Deutschen heute früh einen Handstreich auf unsere Stellungen im Abschnitt von Beaumont, den wir abwehrten. Zwischen der Maas und Besonnoy hielt sich heftiges Geschützfeuer während des Nachmittags. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.  
Am 30. Oktober brachten unsere Piloten 8 Flugzeuge zum Absturz, weitere 4 fielen steuerlos innerhalb der feindlichen Linien nieder. Unsere Bombardierungsgeschwader warfen in der Nacht vom 30. zum 31. Oktober 7700 Kilogramm Bomben und Explosivstoffe auf die Hochhäuser von Niedenhöfen, Veltburg, Mainzried bei Mes, Longueville bei Mes, Wappingen und Conflans und ebenso auf den Bahnhof von Luxemburg; alle Ziele wurden erreicht.

### Der Krieg mit Italien.

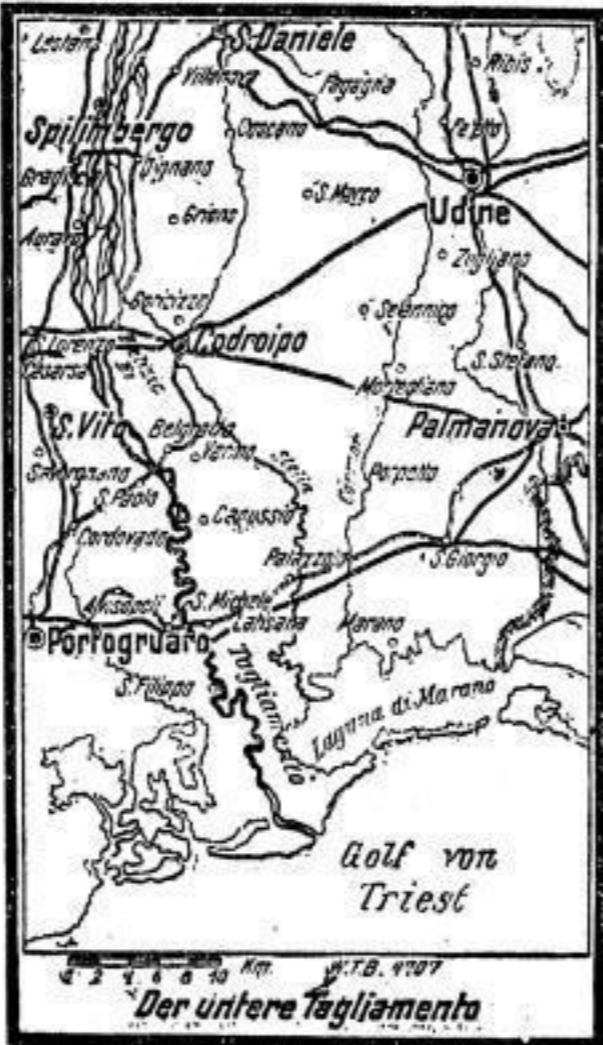


#### Das Drama des italienischen Heeres.

Volks Bureau teilt mit: Das Drama des von seinen Verbündeten im Stich gelassenen italienischen Heeres wütht sich immer mehr zu einem weltgeschichtlichen Ereignis aus.  
In einer kurzen Woche sind zwei große Heere italienischer Armeen fast völlig aufgerieben, über 180 000 Mann gefangen, mehr als 1500 Geschütze erbeutet. Die in die Welt hinausposaunte Hoffnung des italienischen Volkes, westlich Udine den Stegelauf der Verbündeten aufzuhalten, ist nach dem letzten großen Sieg am Tagliamento zusammengebrochen. Noch hat die italienische Heeresleitung und Regierung nicht den Mut, dem Volke die ganze Größe der Niederlage einzugestehen und klammert sich kampflos an die erwartete Hilfe der Engländer und Franzosen.

In drei Tagen haben die Verbündeten die für unheimlich erklärten hohen italienischen Gebirgs- und Felsenstellungen, Pongjermere und Arvis gestürmt, am vierten Tage ließ den Austritt in die Ebene erklämpft. Udine, Görz, Monfalcone erobert und die in der Ebene des Tagliamento sich zur Schlacht stellende Nachhutarmee Cadornas vernichtet und vollständig geschlagen. Tausende von Gefangenen, eine große Anzahl bedeutender Städte sind genommen, und über 1000 Quadratkilometer Landes dem Feind entrissen. In der gewaltigen Gefangenschaft treten die schweren blutigen Verluste, die der so vielen Punkten zide und tapfer festende Feind erlitten hat. Die Zahl der erbeuteten Geschütze, zum größten Teil unversehrt und moderner Art, übersteigt fast um das Doppelte den Friedensstand des amerikanischen Artilleriematerials.

Die ungezählten glänzenden Abwehrkämpfe in der monatelangen Schlacht im Westen, die deutsche Truppen trotz der verzweifeltsten Anstrengungen der Engländer und Franzosen erlitten, sowie die Erfolge im Osten schufen die Grundlagern zu der neuen gewaltigen Operation. Jeder deutsche Soldat in Ost, West und Uebersee hat darum Anteil an den Erfolgen in Italien, die im vierten Kriegsjahr nach einem Kampf fast gegen die ganze Welt alles bisher Dagewesene übertreffen. Die läugerliche Verhinderung feindlicher Frontstöße wird erneut durch den französischen Frontsturz von erhört, der noch am 1. November meldet, die Italiener hätten lediglich den Fionzo verlassen, den militärn feindlichen Vormarsch aber aufgehalten.



#### Der italienische Tagesbericht.

31. Oktober. Während des gestrigen Tages fanden Gefechte auf den Höhen von San Daniele, bei Arvis, längs des Vedra-Kanals, bei Pagan Schiavonesco und bei Pozzolo des Arvis statt. Der tapferer Widerstand unserer Deckungsabteilungen und unserer Kavallerie ermöglichte es den anderen Truppen, ihre Bewegungen auf ihre neuen Aufmarschstellungen fortzusetzen.

#### Die letzte Fionzofschlacht.

Wien, 1. November. Aus dem Kriegspresquartier wird gemeldet: Die mit überreichten Vorkäufen einzelner Verkaufsbewilligungen schon gemeldete Zahl von 200 000 Gefangenen erscheint durch den aktiven Kampf, welcher die Gefangenenzahl und Gesamtbeute seit Beginn der siegreichen Offensive auf mehr als 180 000 Gefangene und über 1500 Geschütze erhöhte, beinahe erreicht.  
Im planmäßigen Vortragen des begonnenen Angriffs und in der Befolgung des geschlagenen und zurückweichenden Gegners haben die Truppen des Generalobersten von Arbatini, des Generals der Infanterie Brand und des Generals v. Below sowie die Fionzo-Armee fast überall die Linie des mittleren und unteren Tagliamento erreicht.  
Welch ungeheure Anforderungen insbesondere an die im Gebiet der Julischen Alpen vordringenden Gebirgstruppen hierbei gestellt wurden, läßt sich durch einen Blick auf die Karte leicht erkennen. Fast durchgehend sind es quer zu den Vordringungslinien liegende Berggipfel mit schwierigen Uebergängen, welche sich hier dem Vormarsche entgegenstellen und welche ungeachtet der wüthigen Witterungsverhältnisse und des Widerstandes einzelner Sperren, die im ersten Ansturm genommen wurden, durch den unbewingbaren Vorwärtsschritt überwinden wurden.

Deutsche Divisionen im Verein mit österreichisch-ungarischen Kolonnen waren auf Codroipo vorgestoßen und zwangen hierdurch die zurückfliehenden Trümmer der 3. italienischen Armee, ihr Heil auf dem Tagliamento-Uebergang bei Catisana zu suchen. Die hier gegen den hochgeschlossenen Fluß geordneten italienischen Truppenteile luden in den ausgedehnten, unwegsamen Reisfeldern noch Widerstand zu leisten. Das Absinken von bei Codroipo stehenden Truppen nach Süden und das gleichzeitige Heranzühen österreichisch-ungarischer Kolonnen längs des Lagunengebietes im Süden führte zur vollständigen Einschließung der noch gegen den Uebergang marschierenden Verbände des Feindes. Während die im Brüllentopf selbst kämpfenden italienischen Kräfte über den Tagliamento geworfen wurden, mußten über 60 000 Mann mit mehreren hundert Geschützen sich auf freiem Kampffeld dem Sieger ergeben. Dieser Verlust von zwei bis drei Korps und die vorausgegangene Zerschlagung dürfte wohl mit dem Ausgeredeckten der 8. italienischen Armee gleichbedeutend sein. Immer wieder muß hierauf auf die ganz hervorragenden Marschleistungen und die unvergleichliche Stoßkraft der verbündeten Truppen hingewiesen werden. Diese hatten im Norden auf ihren Wegen die Höhenstellungen wie jene des Monte Matajur mit 1841 Meter unter der Wüthigkeit der Witterung zu überwinden. Ganz enorme Anforderungen wurden dabei an die nie erlahmende Leistungsfähigkeit aller Truppen und an die vorrückenende Fürsorge aller Kommandanten schon mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten des Nachschubs gestellt. Deren reifliche Erfüllung hat die Erreichung der bisher erzielten, im Weltkriege fast beispiellosen Erfolge ermöglicht. Erado wurde gestern früh durch ein Landungsabkommen von Marine und Trichter Jungschiffen besetzt. Die gelandeten Truppen wurden von der Bevölkerung mit Jubel und Glockengeläute empfangen. Österreichisch-ungarische und deutsche Truppen stehen heute am Tagliamento. Die von den Italienern bereits als Entente-Offensive angekündigte 12. Fionzofschlacht war daher wohl die letzte, die den Namen geführt hat.

#### Der Wirrtwar am Tagliamento.

Wien, 2. November. Die Wiener Allgemeine Zeitung berichtet: Im Flußbeten des Tagliamento staut sich die Menge des flüchtenden italienischen Volkes. Hunderte versuchen, den hoch angeschwollenen Fluß zu durchschwimmen. Die gesamte Mannschaft hat die Ge-

schütze zum Teil im Stich gelassen und die Flucht zu ihrer Flucht beunruhigt. Überall sieht man Waffen und Munition fortgeworfen; die Offiziere sind demgegenüber modifiziert.

#### Große Einziehungen in Italien.

Konstantinopel, 2. November. Daily Chronicle meldet vom Dienstag aus Rom den Beginn von Massenentziehungen in Italien.

#### Die Entente garantiert die Integrität des italienischen Staatsgebietes.

Genf, 1. Nov. Ein Pariser Havostelegramm meldet aus Rom: Die Botschafter Englands, Frankreichs und Russlands haben in einem gemeinsamen Schritt der politischen Regierung in Rom die Integrität des italienischen Staatsgebietes garantiert. Der amerikanische Botschafter hat im Namen Wilsons die gleiche Erklärung abgegeben und die tatsächliche Hilfe Amerikas im Abwehrkampf gegen die Feinde zugesichert.

### Kleine Auslandsnachrichten.

Eine Debatte über Elsch-Politikern. Der Parlamentarier des Daily Telegraph schreibt, daß die nächste Sitzung im englischen Unterhause eine Debatte über die Friedensfrage und Elsch-Politikern herbeiführen wird.

Die Pariser Konferenz. Alenxe Courant meldet aus London: Bonar Law hat gestern im Unterhause mitgeteilt, daß die Pariser Konferenz die Aufgabe habe, über die allgemeine Kriegslage zu beraten und Maßregeln für die weitere Zusammenarbeit der Alliierten zu treffen. Auf den Einwand Trevelhans, daß Avenell gesagt habe, die russischen Delegierten müßten trachten, eine Einigung über die Kriegsziele zu erreichen, erwiderte Bonar Law, daß dazu wahrscheinlich eine zweite Konferenz veranstaltet werden würde.

Die Schuldigen an der Katastrophe Italiens. Die italienischen offiziellen diplomatischen Stellen verdrängen die Behauptung, daß die Feindschaft durch Italien erstellten Somzet-Mitglieder durch ihre Propaganda die heutige Niederlage Italiens und seiner Armeen verschuldet hätten.

Verhaftung von Einsameinern. Die Amsterdamer Blätter melden aus England, in Dublin seien zehn Mitglieder der Einsameinpartei verhaftet worden, die an gewöhnlich verbotenen militärischen Übungen teilnahmen und 1000 Mann militärisch ausbildeten.

Ein Kabinett Moura in Spanien. Garcia Prieto, der beauftragt war, ein Konzentrationskabinett unter Einschluß von Mitgliedern der Pinken zu bilden, hat diese Aufgabe ablehnen müssen, weil die Regionalisten und Reformisten nicht einig waren. Der Aöntig konstituierte Moura, ein Kabinett zu bilden.

### Der deutsche Tagesbericht.

#### Großes Hauptquartier, 2. Nov. Amtlich (W. Z. B.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampf in Flandern war gestern im Rückgebiet der Pser, insbesondere bei Dixmude, hart; zwischen dem Southouker Wald und der Ynd lag lebhaftes feindliches Stützfeuer auf unserer Kampflinie.  
Englische Erkundungsvorstöße schickten an mehreren Stellen.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Die-Aisne-Kanal und längs des Hüdens des Gremin-des-Dames hat die Kampfkraft der Artillerien bedeutend zugenommen. Nach mehrstündigem Trommelfeuer griffen starke französische Kräfte bei Braye an. Der Ansturm droht vor unseren Linien blutig zusammen.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Keine wichtigen Ereignisse.

#### Mazedonische Front.

Nordwestlich von Monastir wurde ein Verstoß feindlicher Botenposten zurückgeschlagen.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Längs des mittleren und unteren Tagliamento stehen unsere Armeen mit dem Feinde in Geschlossenheit.  
Italienische Brigaden, die auf dem Chuser des Flusses noch Handbieten, wurden durch Angriff zum Zurückgehen gezwungen oder gefangen.  
Som Fella-Tal bis zum Adriatischen Meer ist das linke Tagliamento-Ufer frei vom Feinde.  
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Der österreichische Tagesbericht.

#### Wien, 1. November. Amtlich wird verkündet:

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Vordringen der Verbündeten in Oberitalien ist gestern durch einen neuen gewaltigen Erfolg getränkt worden. Das Anstauen der zurückweichenden feindlichen Massen nordöstlich von Valsiana bot der Führung Gelegenheit, starken italienischen Kräften durch Umfassung den Rückweg zu verlegen. Deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen, die sich westlich von Udine dem Tagliamento näherten, wurden von Norden her angegriffen. Gleichzeitig rühten österreichisch-ungarische Kolonnen längs der Lagunen gegen Valsiana vor. Zahlreiche, in vollste Verwirrung geratene italienische Verbände in der Gesamtkraft von zwei bis drei Armeekorps wurden zum größten Teil abgetrennt. In wenigen Stunden waren über 80 000 Mann gefangen genommen und mehrere hundert Geschütze erbeutet. Österreichisch-ungarische und deutsche Truppen stehen überall am unteren und mittleren Tagliamento.

Verzweigte Verluste des Feindes, im Mittelteil Brüllentopfstellungen zu behaupten, wurden durch ungeläumtes Quarzisen deutscher Regimenter vereitelt. Die im Gebiete des oberen Tagliamento vordringenden österreichisch-ungarischen Armeen überwinden gebirgsgelehrt in jähem Wollen alle Schwierigkeiten des Geländes. Soldat Ari hat die 12. Fionzofschlacht in achtstägiger Dauer zu einem über alles Maß glänzenden Erfolge geführt. Die österreichischen Küstenlande sind befreit. Weiße Strecken venezianischen Bodens liegen hinter den Fronten der Verbündeten. Der Feind hat in einer Woche über 180 000 Mann an Gefangenen und 1500 Geschütze erbeutet. Der große Sieg an den südwestlichen Toren der Monarchie ist eine neue unvergleichliche Kraftprobe der verbündeten Mächte und Völker, eine Kraftprobe, die eine stärkere Sprache reden wird als alles, was in den letzten Wochen bei Freund und Feind über Gegenwart und Zukunft geredet und geschrieben worden ist.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

#### Nichts Neues.

#### Der Chef des Generalstabes.

#### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

#### Verantwortlich für den Anfertenteil:

Kun. Lehmann in Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten und die Frauenbeilage.

# Bekanntmachung. 300 Mark Belohnung.

In der Nacht zum 25. Oktober ist aus dem Wäschegechäft von Dreßler, Grimmaischer Steinweg 11, vermittels Einsteigens durch ein über der Eingangstür befindliches Fenster ein großer Posten sogenannter

## Normal-Wäsche

im Werte von über 3600 Mk. gestohlen worden und zwar:

Damen- und Herren-Unterhosen, Damen-Unterlappen und Schlupfhosen (dunkelblau) Fußschlüpfer, Anwärmer, Socken, Herrenhemden sowie Leibwärmer, Damen- und Kinderhemden und Damen-Jacken in den bekannten gangbaren Farben. Außerdem Badekostüme aus schwarzer Seide und eine aus Drahtgesteck bestehende Kasse mit 25 Mark Geld.

Die Diebe haben vermuthlich zum Wegschaffen einen Wagen benutzten müssen. Für Wiederherbeischaffung der Waren sowie Ermittelung der Diebe sind 300 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Kr. V. A 13391

Leipzig, den 1. November 1917.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## ★ Margarineverteilung.

I. Verbrauchstag.  
Es werden ausgeteilt:  
1. auf Marke O der Landesfettkarte 21 50 Gramm Margarine,  
2. auf die vom 6.—12. November geltenden Sondermarken für Kranke die aufgedruckte Menge Butter,  
3. auf die vom 6.—12. November geltenden Buttermarken für Militärlauber und Besuchsfremde 30 Gramm Margarine.

II. Preis.  
Bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt bis zu weiterer Bekanntmachung der Preise für 50 Gramm Margarine 20 Pfg., für 30 Gramm Margarine 12 Pfg. und für 50 Gramm Butter 30 Pfg.

III. Verteilungsordnung.  
1. Abgabe der unter I. 1. genannten Marken (nicht der Sondermarken für Kranke, siehe Schlußabsatz unter III) durch die Verbraucher beim Kleinhändler bis spätestens Sonnabend, den 3. November.  
2. Bezugskartennachnahme in der Bezugskartenscheinstelle durch die Kleinhändler nach der bekannten Ordnung Montag, den 5. November.  
3. Bezugskartennachgabe durch die Kleinhändler beim Großhändler und  
4. Ablieferung der Bezugskarten durch die Großhändler in der Bezugskartenscheinstelle nach der bekannten Ordnung Dienstag, den 6. November.  
5. Beginn der Margarineabgabe an die Verbraucher bei den Kleinhändlern spätestens Freitag, den 9. November.  
6. Letzter Abholungstag für Verbraucher Montag, den 12. November.

Auf die Sondermarken für Kranke, die Buttermarken für Militärlauber und Besuchsfremde und auf die Sonderbuttermarken mit dem Aufdruck „Besuch“ ist die Butter oder Margarine ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für Militärlauber und Besuchsfremde zu entnehmen.

IV.  
Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Speisefetten usw. im Stadtbezirk Leipzig vom 7. Oktober 1910 und die Bekanntmachung über die Einführung des Bestellverfahrens für den Butterbezug vom 7. Sept. 1910 nebst den dazu ergangenen Nachtragsbekanntmachungen vom 5. Oktober, 8. November 1916 und 25. Oktober 1917 unter IV. Abs. 1 finden entsprechende Anwendung.  
Leipzig, am 1. November 1917.  
Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

## Strohsperkkarten.

1. Wer im Bezirke des Kommunalverbandes Leipzig-Stadt 1. Pferde, 2. Großrinder, 3. Jungkühe oder Kühe und 4. Flegel oder Schafe hält, erhält für den Bezug von Stroh aus dem Königreiche Sachsen vom Kommunalverbande Leipzig-Stadt ausgefertigte Strohsperkkarten. Das Strohsperkverbot für Pferde bleibt in Geltung.

2. Der Antrag zur Ausfertigung ist erstmalig beim städtischen Futtermittelamt, Neues Rathaus, Zimmer 201, mündlich zu den untenstehenden Zeiten zu stellen. Als Ausweis ist das Stoppfild des letzten Futtermittelscheines oder, falls der Antragsteller noch kein Futter bezogen hat, der Wohnungsschein vorzulegen. Mit der Abholung der Sperkkarte beauftragte der Tierhalter müssen über den gegenwärtigen Besitz ihres Ausgabebes an Tieren vorstehender Gruppen Auskunft geben können und sind für deren Mithaltigkeit neben dem Tierhalter verantwortlich; sie gelten für bevollmächtigt zur Empfangnahme der Karten.

3. Die Entgegennahme des Antrages und die Ausgabe der Karten findet statt für:  
Tierhalter mit den Buchstaben A—E  
Sonnabend, den 3. November, 8—12,  
Tierhalter mit den Buchstaben F—K  
Montag, den 5. November, 8—12 und 3—5,  
Tierhalter mit den Buchstaben L—Q  
Dienstag, den 6. November, 8—12 und 3—5,  
Tierhalter mit den Buchstaben R—U  
Mittwoch, den 7. November, 8—12 und 3—5,  
Tierhalter mit den Buchstaben V—Z  
Donnerstag, den 8. November, 8—12 und 3—5.  
Leipzig, den 1. November 1917. Fu.-A. Nr. 50.  
Der Rat der Stadt Leipzig.

## Sparkasse Thekla (Rathaus).

Tägliche Verzinsung: 3/4 Prozent. — Kontrollmarken.  
Geschäftszeit: Werktags 8—1 und 3—5, Sonnabends 8—2 Uhr.

## Mehl- und Backwarenpreise in Leipzig-Land.

Mit sofortiger Wirkung wird die Bestimmung unter IV a der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 25. Oktober 1917 dahin abgeändert, daß für Schwarzbrot nicht 40, sondern nur mindestens 30 Gewichtsteile gekochte Kartoffeln zu verwenden sind.  
Leipzig, am 1. November 1917.  
Der Bezirksverband Leipzig-Land.

## Sparkasse Baunsdorf

Geschäftsstelle: Rathaus, Erdgeschoß rechts.  
Zinsfuß für Einlagen: 3 1/2 % Tgl. Verzinsung.  
Postsparkasse Leipzig Nr. 12221.  
Bankkonto d. d. Allg. Deutsch. Credit-Anst. Leipzig.  
Stahlschließel. — Kontrollmarken.  
Fernsprecher 60307.  
Geschäftszeit: Montag bis Freitag 8—1 und 3—5 Uhr, Sonnabends 8—2 Uhr.  
Straßenbahnverbindung Linie 4.

## Sozialdemokr. Verein 13

Bureau: Tauchaer Str. 10/21, I. (Wohlfühlungsgeb.) Tel. 30025  
Expeditionszeit: Wochenläng von 12 bis 1 Uhr u. 4 bis 7 Uhr, Sonnabends von 9 bis 11 Uhr.  
für den 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis u. S. P. D.

## Borsdorf-Panitzsch.

Sonnabend, den 3. November, abends 7/8 Uhr, findet unsere Mitglieder-Versammlung im Gasthof zum Fiedschlößchen, Borsdorf, statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung, 2. Parteiangelegenheiten. Um zahlreiche und pünktliche Beteiligung wird gebeten.  
[9019] Der Vorstand.

## Grosszschocher-Windorf.

Sonnabend, den 3. November, abends 7/8 Uhr, Versammlung im Gasthof zur Mühle. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung, 2. Gemeindeangelegenheiten, 3. Vereinsangelegenheiten.  
[8095] Der Vorstand.

## Metallarbeiter

Geschäftsstelle: Volkshaus, Leipziger Straße 32.  
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Arbeitszeit entliehen werden.  
Krankentaggungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

## Bildervortrag

Freitag, den 9. November, abends 7/8 Uhr im Volkshaus, Leipziger Straße 32 für jugendliche Kollegen und Kolleginnen:  
Ein Rundgang durch eine Eisenhütte. (Nach eigener Anschauung des Herrn Vortragenden.) Eintrittskarten sind kostenlos vorher im Bureau abzuholen.

## Fellenarbeiter.

Sonnabend, den 3. November, abends 7/8 Uhr, Versammlung im Volkshaus.  
Die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen müssen sich ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beurlaubung im Bureau wieder anmelden, wenn sie nicht der durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte verlustig gehen wollen.

## Hotel Deutsches Haus

Leipzig-Lindenau  
Sonnabend, den 3. November, abends 7 Uhr  
Vortrag des Hans v. Fehrenthel über:  
Anzustrebende Interessengemeinschaft zwischen Stadt und Land im 4. Kriegsjahr.  
Eintritt 1 Mark.

## Deutschkathol. freie Religionsgemeinde

zu Leipzig  
Sonntag, 1. Nov., nachm. 3 Uhr, Schillerstr. 9, Frauenberufshaus, Erbauung. Das reformatorische Prinzip.

## Promenaden-Peschlößchen

Restaurant u. Frühstückstube  
Promenadenstr. 31. — Tel. 5190.  
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten. Schönes Sitzungszimmer (50 Personen fassend). H. Vize, guten preiswerten Mittagstisch. [8676] Gracienk. Louis Donath

## Donnerstag eintreffend grössere Posten für Verbraucher

gelbe Kohlrüben  
prima Speisemöhren  
prima rote Rüben  
und Runkelrüben  
Hermann Sturm  
Grosszschocher, Sächs. Bahnhof. Tel. 40956.  
Haltestelle der roten Elektrischen 1.

## Neue Weltkalender

Suchen ersuchen:  
Der  
Preis 50 Pfg.  
Leipzig, Buchdruckerei A. G. (Abt. Buchhandlung) Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

## König-Salomo-Apotheke

Grimmaische Strasse 17.  
Anfertigung aller Kranken-Tassen-Rezepte, schnellste und eleganteste Abfertigung.

Interate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition d. Leipz. Volkszeitg. zu richten

## Vermietungen

Offen.  
Bennigsenstr. 28, Bäckerei, freundl. Schlafstelle zu verm.

Ungel. Zimmer, Nähe Angerbrücke od. Fiedschlößchen, v. P. A. m. gef. Off. erb. u. Z. P. Plagwitz.

## Verkäufe

Plüschsofa, Umbau, Trumeau, Bettst. m. M. ac. v. Josephstr. 33.

## Pelzwaren

preiswert.  
Zlago, Reichsstr. 30/32.

Sprechmaschinen und alle Ersatzteile  
Große Kundwahl Schallplatten  
neuer  
Für fünf alte gebe eine neue.  
A. Matthes, Leipzig, Goethestr. 58.  
Staubwagen f. 8 Mk. zu verk.  
Zu erst. Pl. Fischerstr. 2, II. l.  
H. Fr. Handw., 2, 4, 5, 8-10 Str.  
Trautn., pl. Dörrienstr. 14, III. l.

## Kaufgefuche

Möbel aller Art kauft  
H. Kahlitz, Karl-Heine-Str. 61  
Gebr. Nähm., w. a. def., zu kauf.  
gef. Sch. Dimpfstr. 30, I. Sch.

Abgeplante u. zerbrochene Schallplatten, 25 bis 35 und 50 Pfg., kauft Alwin Dietrich, Pl. Gundorf, Str. 5.

Fell-Einkauf  
Hase, Schaf, Ziegen- sowie alle Art. Felle L. zu bestmög. Preis.  
Albin Wagner, Querstr. 27  
Fernsprecher 2555.

Ardr. Handwagen,  
3-4 Räder, Tragkraft, Nähmaschine u. Handwagen z. kauf.  
gef. Lindenthaler Str. 52, III.

## Arbeitsmarkt

Maurer und Arbeiter  
werden eingestellt.  
Deutsche Fringzeugwerke  
Grosszschocher, C.-Galle.  
Zu melden d. Poller Curtin.

## Züchtige Erdarbeiter

werden 3 Baumlöcher machen  
hinter dem Stänger Park sofort  
ge sucht. Zu melden bei  
E. Thiele, Leipzig-Bo. Werl.  
Wismannstr., Kat.-Nr. 470.

Zum sofortigen Eintritt  
werden einige  
Arbeiterinnen  
ge sucht.  
H. Sadowicz, Th. Fechenbach  
Nohyprodukten  
Löhner Straße 71, 2. St.

## Flotte ZuarbeiterIn

event. Arbeiterfrau, für Tage  
oder Stunden ge sucht.  
G. Hendel  
Wahlmannstraße 8, III. l.

## Fadenhefterinnen

nimmt an  
A. Köllner  
Großbuchbinderei  
Hohenzollernstraße 17-19.

## Markthelferin

sucht für sofort  
A. Köllner  
Großbuchbinderei  
Hohenzollernstraße 17-19.

# Gebr. Hirschfeld

Petersstrasse 42  
Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

Gemeinschaftlicher Einkauf für fünf Geschäfte, daher größte Leistungsfähigkeit und billige Preise

## Wintermäntel

aus dicken Wollstoffen  
in schwarz und farbig, mit Pelz besetzt,  
in neuesten Formen

65.— 85.— 95.— 105.—

Mäntel aus Plüsch- und Astrachanstoffen, seidene Regenmäntel, Jackenkleider, Seidenkleider, woll. Kleiderröcke, seidene Röcke, Morgenröcke

## Entzückende Blusen

auch Schößblusen  
28.50 36.— 45.—  
Seidene Unterröcke  
24.— 28.50 36.—

Besichtigung unserer grossen Lager ohne Kaufzwang erbeten.

## Haases Restaurant u. Frühstückstube

Sophienstr. 2.  
Empfehle meine Lokalitäten. Bruno Haase.

## Einen tüchtigen Schmied

für Aufbeschlag und Wagenbauarbeiten suchen  
Brauerei Riebeck & Co.

## Geübte Kleberinnen

so wie tüchtige  
Deckenmacherinnen  
werden zum sofortigen Eintritt gesucht

Leipziger Buchbinderei-Actiengesellschaft  
vorm. Gustav Fritzsche.

## Perfekte Kuvert-Arbeiterinnen

für bessere und einfache Kuverts sofort gesucht.  
Paul Uffel & Co., Leipzig  
Inselstrasse 20.

## Geübte Kleberinnen

werden zum sofortigen Eintritt gesucht  
Leipziger Buchbinderei-Actiengesellschaft  
vorm. Gustav Fritzsche.

## An- und Auslegerinnen

für Steindruck suchen  
Eschebach & Schäfer, Stötteritz, Melscherstrasse 1.

## Familien-Nachrichten

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Schriftsetzers

Paul Siebelist  
sage ich allen nur auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.  
Emma verw. Siebelist.  
L.-Stötteritz, den 31. Oktober 1917.

Wieder seien dem verheerenden Völkerringen vier unserer besten Tuzingensosen zum Opfer:

Alfred Steinel Karl Lehmann  
Paul Schindler Artur Sachse.  
Ihrer stets in Ehren gedenkt  
Freie Turnerschaft Leipzig-West. E. V.

Tieferschüttert erhielten wir die unschätzbare Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Pionier

## Richard Müller

kurz vor seinem 20. Geburtstag in diesem Völkerringen sein junges Leben opfern mußte und folgte somit seinem im Frühjahr gefallenen Bruder nach.  
Leipzig, Seeburgstraße 22, III. r.  
Die schwergeprüften Eltern  
Balthasar Müller und Frau geb. Kurth  
Artur, Paul, Alwin, Geschwister.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. November.

Geschichtskalender. 2. November 1810: Gewerbefreiheit in Preußen. 1827: Der Orientalist Paul de Lagarde in Berlin geboren († 1891). 1831: Der Schriftsteller Julius Stettenhelm in Hamburg geboren; der Architekt und Kunstschriftsteller Aug. Essenwein in Karlsruhe geboren († 1892). 1845: Der österreichische Historiker Viktor Ritter v. Kraus in Prag geboren († 1905). 1846: Der schwedische Dichter Olof Lagerlöf in Werö gestorben (\* 1782).

Sonnenaufgang: 6,50, Sonnenuntergang: 4,28. Monduntergang: 10,52 vorm., Mondaufgang: 6,30 nachm.

Die städtische Säuglingsfürsorge in Leipzig.

Das Pflieg- und Augenärztinnenamt Leipzig hat seinen Jahresbericht für 1916 über die städtische Säuglingsfürsorge herausgegeben. Danach wurden zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Berichtsjahre insgesamt 78 244,66 Mk. ausgegeben (u. a. Stillbeiträge in der für stillende Mütter 20 298,50 Mk., Nährmittel für stillende Mütter 35 17,23 Mk., Ernährungsbeiträge für Schwangere im letzten Drittel der Schwangerschaft 16 799,50 Mk. usw.). Von 1754 eingegangenen Besuchen um Gewährung von Stillbeiträgen wurden 1387 berücksichtigt. In den Mütterberatungsstellen kamen insgesamt in 8127 Fällen Stillbeiträge zur Auszahlung. 73 Mütter waren vor ihrer Entbindung zur Seimarbeit gezwungen, während 118 Mütter Arbeit außer dem Hause verrichten mußten. 1236 Mütter hatten vor der Entbindung keinen Verdienst. 262 Mütter haben die ihnen zugesprochenen Beiträge überhaupt nicht oder nicht bis zur 12. Woche abgehoben. Nach den dafür verschiedentlich angegebenen Gründen handelte es sich in 59 Fällen um die Wiederaufnahme der Arbeit, wodurch die Mütter verhindert waren, ihren Kindern die Wohltat des Stillens zuzuwenden zu lassen. Zahlreich sind die Mütterberatungsstellen in Anspruch genommen worden. Vorgelegt wurden im ganzen 2174 Säuglinge; die Zahl der in allen 7 Mütterberatungsstellen vorgelassenen Konsultationen belief sich auf insgesamt 12 762. Reichswohlfahrtsämter (bis zur 12. Woche) erhielten 685 Mütter. Hausbesuche durch die Helferinnen der einzelnen Beratungsstellen fanden in 911 Fällen statt. Der Zweck derselben liegt darin, die Mütter zur Fortsetzung des Stillens und zum Besuch der Beratungsstellen anzuhalten oder, falls ein Stillen unmöglich geworden sein sollte, beim leitenden Arzt Rat über die Art der künstlichen Ernährung einzuholen. Für solche Wächterinnen, die durch Vermittlung der Allgemeinen Erbsenanstalt der Stadt Leipzig Stillgeld in Anspruch nehmen, sind auch im Jahre 1916 regelmäßig Sprechstunden abgehalten worden. Die im Jahre 1915 eingerichtete Fürsorge für nichtgestillte eheliche Kinder wurde auch im Berichtsjahre weitergeführt; 796 Kinder wurden überwacht. Von den in der Periodezeit vorgestellten und überwachten Kindern sind insgesamt 174 erkrankt und 79 gestorben. Unter den Krankheiten steht Brechdurchfall an erster Stelle (45 Fälle), während in 42 Fällen Husten und Schnupfen zu verzeichnen waren; ferner erkrankten 9 Kinder an Darmalarth. Brechdurchfall und Darmalarth war in 15 Fällen die Todesursache. — Die Schwangerenfürsorge konnte ihre Aufgabe nicht restlos erfüllen. Es fehlte am nötigsten, an den Nahrungsmitteln! Der ursprüngliche Plan, den Schwangeren die Ernährungsbeiträge nur in Nahrungsmitteln zu verabreichen, war deshalb leider nicht durchführbar. Es wurden deshalb zunächst zwei Teile Nahrungsmittel und ein Teil Geld als Unterstützung gewährt. Von 1615 Anträgen kam Gewährung von Ernährungsbeiträgen während 793 abschlägig beschieden.

Die Fischversorgung in den Vorstädten.

Ein Leser schreibt uns: „Ich wohne in Leipzig-Sellerhausen, ganz weit draußen. Schon immer habe ich beobachtet, daß es der Bevölkerung in diesen Stadtteilen außerordentlich schwer fällt, Fische zu kaufen. Wohl ist ein Fischgeschäft in der Nähe, in der Plauziger Straße, aber nur zu oft kommt es vor, daß es dort keine Fische zu kaufen gibt, während die Fischgeschäfte in der Stadt Fische verkaufen. Oft kommt es auch vor, daß die Fische in diesem Geschäft im Handumdrehen ausverkauft sind, so daß viele Käufer unbesiegt abgehen müssen. Ich hatte schon in Erfahrung gebracht, daß große Fischhandlungen in der Stadt drei Tage hintereinander Fische verkaufen, in der Vorstadt dagegen gelangen nur ganz geringe Portionen zum Verkauf, so daß viele Konsumenten leer ausgehen. Das ist für Sellerhausen besonders schlimm, weil dort nicht nur die Bevölkerung von Sellerhausen, sondern auch die von Stitzn und Dörfchen Fische kauft. Ich glaube erst, diese geringe Zuteilung sei die Schuld des Geschäftsinhabers, dem ich einmal deshalb heftige Vorwürfe machte. Darauf erklärte mir der Händler, er sei ganz schuldlos, die städtische Fischverteilungsstelle teile ihm zu wenig Fische zu. Es komme vor, daß einzelne Geschäfte 15 bis 20 Zentner Fische erhalten, während andere Geschäfte nur einen Zentner bekommen. Das trifft sowohl bei den frischen Fischen als auch bei den Räucherwaren zu. Es scheint demnach, daß die städtische Fischverteilungsstelle den Vorstadtbewohnern nur das zuteilt, was übrig bleibt. Darin liegt eine starke Benachteiligung der Vorstadtbewohner, denn nur wenige Leute können, aus der Vorstadt in die großen Fischgeschäfte der inneren Stadt gehen, um dort ihren Bedarf zu decken. Wenn schon einmal die städtische Fischverteilungsstelle da ist, dann sollte sie doch auch dafür sorgen, daß die Vorstadtbewohner bei der Zuteilung von Fischen gleichwertig berücksichtigt wird. Es kann doch nicht so schwer sein, den Bedarf einer dichtbesiedelten Vorstadt anzudecken. Wenn die Herren das nicht ausrechnen können, dann ist es schlimm genug. Auf alle Fälle ist es Pflicht der städtischen Behörden, dafür zu sorgen, daß auch die Bevölkerung der Vorstädte mit Fischen ausreichend versorgt wird.“

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die rasche Verbreitung der Geschlechtskrankheiten im Heere hat die Notwendigkeit ergeben, alle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die schlimmste aller Volksleiden zu beheben. Es sind zu diesem Zwecke von den verschiedensten Körperschaften Beratungskstellen eingerichtet worden zuerst in der Absicht, nur den zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen entsprechend Auskunft zu geben und zu beraten. Bald ist der Kreis der zu Beratenden aber auf die gesamte Bevölkerung erstreckt worden, da sich ergeben hat, daß die Geschlechtskrankheiten auch innerhalb der Zivilbevölkerung erheblich zugenommen haben. Die Stellen beschränken sich auf die Beratung der Geschlechtskranken. Nur wenn Gefahr im Verzuge ist, kann ausnahmsweise auch eine Behandlung erfolgen. Die Kranken werden den Beratungsstellen vom Militär, von Krankenkassen, Ärzten, Krankenschwestern, von der Armenpflege usw. überwiesen; außerdem kommt auch die freiwillige Meldung in Betracht. Den Kranken erwachsen aus der Inanspruchnahme der Beratungsstellen keine Kosten. Die Krankenkassen, die durch den Besuch der Beratungsstellen entstehen, werden von den Landesversicherungsanstalten ersetzt; auf Verlangen erfolgt auch Ersatz des entgangenen Arbeitsverdienstes. Die Beratungsstellen legen großen Wert auf die strengste Verschwiegenheit. Die Kranken sollen nicht durch die Ärzte, daß ihr Leiden bekannt wird, von dem Besuch der Beratungsstelle abgehalten werden. Ein Zwang zum Besuch der Beratungsstelle besteht für die Kranken nicht, aber es ist nützlich, von der Einrichtung Gebrauch zu machen.

Nach einem vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Bericht beziehen zur Zeit 93 Beratungsstellen. Bis Ende 1916 waren bei diesen 4930 Personen gemeldet. Von diesen waren 2251 (1608 Männer und 1558 Frauen) an Syphilis und 1181 (744 Männer und 437 Frauen) an Tripper erkrankt, 86 Personen litten an anderen Geschlechtskrankheiten, während bei den übrigen 321 Personen eine Geschlechtskrankheit nicht festgestellt wurde. Von den Gemeldeten wurden 1474 Männer und 1137 Frauen in Fürsorge genommen. Von den in Fürsorge Genommenen waren von den Männern 41 Prozent, von den Frauen 44 Prozent verheiratet. Unausgesprochen oder auf erstmalige Aufforderung erschienen 1408 Männer und 1395 Frauen, erst nach wiederholter Aufforderung 211 Männer und 293 Frauen. Nicht erschienen waren 1642 Personen. Von den Beratern unterzogen sich der Behandlung wegen Syphilis 250 Männer und 253 Frauen, wegen Trippers 104 Männer und 71 Frauen. Soweit Mittellungen hierüber vorliegen, trugen die Kosten der Behandlung: Krankenkassen in 269 Fällen, Landesversicherungsanstalten in 286, Sonderanstalten in 18, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in 13, die Kranken selbst oder Angehörige in 47 und sonstige Stellen oder Personen in 58 Fällen. Das Reichsversicherungsamt bezeichnet die bisherige Entwicklung der Beratungsstellen als erfreulich und sagt hinzu, daß es eine Aufgabe der nächsten Zukunft sein wird, das Verhältnis der Beratungsstellen zu der Ärzteschaft, den Krankenkassen und den Verbänden der Arbeiter und Angestellten noch enger zu gestalten und durch den Einfluß, der von diesen verschiedenen Stellen aus auf die Bevölkerung geübt wird, Einsicht und Vertrauen zu der neuen Einrichtung zu stärken.

Eine unhaltbare Entscheidung.

Trotz einer Unterstützung auch ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung sein kann, hat das preussische Oberverwaltungsgericht entschieden. Die Angelegenheit ist von weittragender Bedeutung, denn es handelt sich um die Besteuerung der Kriegsunterstützungen, die von Arbeitgebern gewährt werden. Das Oberverwaltungsgericht ist der Ansicht, daß eine Kriegsunterstützung, die ein Arbeitgeber der Ehefrau seines Angestellten gewährt, ein steuerpflichtiges Einkommen des Angestellten sei, wenn das Angestelltenverhältnis fortbesteht. Es geht davon aus, daß die Vergütung ein Einzug für die Gesamtheit der Dienste und daher ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung sei. Es konnte für die Einkommensteuer nicht sowohl auf die tatsächliche Beschäftigung als auf das rechtliche Arbeitsverhältnis des Dienstverhältnisses an.

Wir müssen uns mit Entschiedenheit gegen diese Entscheidung wenden, die unzulässig ist und die besonders in der jetzigen Zeit die Kriegserkrankten hart trifft. Auch ist es ganz neu, daß eine freiwillig gewährte Unterstützung an die Familie eines Kriegsteilnehmers, der sein Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit bezieht, auf einmal ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung sein soll. Das Oberverwaltungsgericht hat seinen ganzen Scharfsinn aufgewandt, um herauszubekommen, wie die Unterstützung für die Einkommensteuer zu erfassen sind. Wir wollen hoffen, daß entweder der Bundesrat auf dem Verordnungsweg oder der Gesetzgeber eingreift, um die Familien der Kriegsteilnehmer vor dem Steuerjoch zu schützen.

Lebensmittellisten für Sonnabend, den 3. November.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Margarine: Vechter Tag — abzugeben Marke O der Landesfettwerke 24 (50 Gramm). — Margarine: Vechter Tag — abzugeben Landesfettwerke O mit dem Aufdruck „80 Gramm Butter oder sonstiges Speisefett Stadt Leipzig Monat November 1917“ (80 Gramm) und rosa Zusatzmargarinemarken F 1—4 (200 Gramm). Käse und Quark: Vechter Tag — abzugeben Marken 3 und 4 der neuen Landesfettwerke für Rahmquark, Quark und Käse. Ansgabe: Fleisch: bestellbar mit Reichsfleischmarken G 1—4, Markt 9 und 10.

Für Händler.

Petroleum: Vechter Tag der Einreichung der Kundenlisten beim Gewerbeamt.

Amliche Preispolitik.

Wir haben wiederholt festgestellt, daß die amtliche Höchstpreispolitik eine höchst auffällige und unbillige Verteuerung der Waren im Kleinhandel mit sich bringt. Das heißt, die Spannung zwischen dem Groß- und Kleinhandelspreisen ist viel zu groß. Das zeigt sich auch jetzt wieder bei der Neufestsetzung der Preislisten für die Preisprüfungsmannschaften Dresden, Leipzig und Chemnitz. Der Preisausgleich für den Kleinhandel gegenüber dem Großhandel beträgt bei vielen Waren mehr als 50 Prozent, ja sogar darüber hinaus. So kostet z. B. Weizen im Großhandel der Zentner 7,50 Mk., im Kleinhandel das Pfund 12 Pfg., Weizenmehl 12 Mk. — 16 Pfg., rote Weizen 11 Mk. — 16 Pfg., gelbe Weizen 8,50 Mk. — 13 Pfg., Zwiebeln 17 Mk. — 24 Pfg., Kohlrabi 18 Mk. — 25 Pfg., usw. Bei den weißen Kohlräben beträgt der Aufschlag sogar 100 Prozent! Denn sie kosten 3,50 Mk. der Zentner im Großhandel, aber 7 Pfg. das Pfund im Kleinhandel. — Den Behörden scheint die Kritik, die an dieser Preispolitik wiederholt in der Presse und in den Parlamenten geübt worden ist, ganz schnuppe zu sein, denn sie arbeiten in dem alten Stiefel weiter. Man stellt die Interessen des Kleinhandels obenan und nimmt wenig Rücksicht auf die Lage der Masse der Verbraucher.

Weniger Butter, mehr Margarine. Infolge des sehr großen Mangel an Butterverzeugung ist die Reichsstelle für Speisefette genötigt gewesen, von November an die Butterzuweisungen für Sachsen etwa auf die Hälfte herabzusetzen. Dafür soll aber entsprechend mehr Margarine geliefert werden, wozu die rumänische Delegation die Möglichkeit bietet wird. Der Kommunalverband der Stadt Leipzig erhält infolgedessen von der Landesfettstelle nur die Hälfte der bisherigen planmäßigen Butterzuweisungen in Butter und die andre Hälfte in Margarine, die unimkehr an Stelle von Butter zur Verteilung gebracht werden muß. Die bisherigen wöchentlichen Butterverteilungen werden deshalb künftig etwa zur Hälfte in Margarine geliefert werden müssen. Die bisherigen Margarineverteilungen von 80 Gramm im Monat werden dadurch nicht berührt. In der Versorgungswoche vom 6. bis 12. November muß erstmalig Margarine statt Butter ausgegeben werden.

Die Stadtverordnetenwahlen dürften etwa am 7. oder 8. Dezember d. J. stattfinden. Die Fertigstellung der Wählerlisten dürfte noch etwa 14 Tage in Anspruch nehmen, dann werden sie öffentlich ausgelegt.

Wegen Landfriedensbruch. Der Polizeibericht meldet: Als im August dieses Jahres im hiesigen Volkshaus eine Versammlung über Kriegsziele stattgefunden hatte, traf eine Rotte junger Burtschen bei der Rückkehr durch den Peterssteinweg auf einen dort haltenden

mit leeren Geschloßhüllen beladenen Wagen. Diese Munitionsgeschloßhüllen waren sie auf der Straße umher. Einer der Burtschen unternahm es, auf dem Augustusplatz einen Straßenbahnwagen gewaltsam zum Halten zu bringen. Die Schuldigen wurden sämtlich schnell ermittelt und sind nunmehr bei Gericht abgeurteilt worden, das sie wegen Landfriedensbruchs (Gewalttätigkeit gegen Personen und Sachen in Zusammenrottung) mit Gefängnisstrafen von sechs bis zu einem Monat bestraft hat.

Winterkartoffeln aus Kreis Schweinitz. Während von der Möglichkeit für die Leipziger Einwohnerschaft, auf Landeskartoffelarten aus den Kreisen Stendal und Delitzsch Winterkartoffeln zu beziehen, außerordentlich hart gedrungen gemacht worden ist, sind auch dem ebenfalls für den Bezug zugelassenen Kreis Schweinitz der Provinz Sachsen (Kreisamt Schweinitz) befindet sich in Herzberg a. d. Elster nur unbedeutende Mengen herangezogen worden. Aus die Gelegenheit, bei Erzeugern dieses Kreises sich noch mit Winterkartoffelvorräten zu versorgen, sei daher besonders aufmerksam gemacht. Namentlich größeren Betrieben, Vereinen und auch zum Zwecke von Sammelbestellungen empfohlen, mit Erzeugern des Kreises Schweinitz wegen Lieferung von Winterkartoffeln in Verbindung zu treten.

Ablieferung von Eiern und Rohstoffen. In alle Bevölkerungskreise ergeht die Aufforderung, gesammelte Eiern und Rohstoffen unweigerlich an die Sammelstelle (Firma Rintz Dammbaum, Leipzig, Berliner Straße 10, Fernsprecher 14071) abzuliefern. Lange ungeschickliche Aufbewahrung schließt die Gefahr ein, daß die Früchte für die wirtschaftliche Verarbeitung auf Del und Futtermittel wertlos werden. Für 1 Kilogramm gesunder Schalenloser Eiern werden 15 Pfg., für 1 Kilogramm Rohstoffen 10 Pfg. von der Sammelstelle gezahlt.

Gänsefleisch- und Gänseleberkonservenvertrieb innerhalb Sachsens ist für diejenigen Kreise von gesetzlich, die in Dosen oder sonstigen Verpackungen verpackt werden, auf denen der Verkaufspreis durch den Verband der Gänseleberkonservenfabrik in Glogau-Verdingen vermerkt ist.

Der neue Fahrplan. Die wichtigste Aenderung, die der Winterfahrplan bringt, ist die Einschränkung des Verkehrs an Sonntagen. Sie betrifft auch einige Schnell- und Eilzüge. So sollen Sonntags nicht mehr gefahren werden die beiden Schnellzüge zwischen Berlin und Leipzig, ab Berlin 7,25 vormittags, an Leipzig 10,16, und ab Leipzig 8,52 nachmittags, an Berlin 11,30. Auch der Eilzug aus Berlin 4,24 nachmittags nach Leipzig und Halle geht nicht mehr Sonntags, ebenso wie sein Gegenzug aus Leipzig 9,17, ab Halle 9,20, an Berlin 12,20 mittags. Wir werden in den nächsten Tagen einen Auszug aus dem neuen Fahrplan bringen.

Im Antikenmuseum unserer Universität findet Sonntag, den 4. November, Punkt 11½ Uhr, der Vortrag über die Werteswerte der Sammlung statt, und zwar über den Wertes des Vorkriegesdenkmals und andre Stücke, vorausgesetzt daß die Kasse nicht sehr zunimmt.

Was die Ostloshenstelle kostet. Die Geschäfte der Ostloshenstelle haben sich bedeutend vermehrt. Es sind noch und nach sechs Abteilungen zur Bewältigung der notwendigen Arbeiten entstanden. Obwohl sich bei dem Verkauf von Brennmaterialien gewisse Ueberschüsse zugunsten der Kohlenstelle ergeben, reichen diese bei weitem nicht zur Deckung der Kosten, die vom 1. Oktober an mit monatlich 10 000 Mk. in Rechnung zu stellen sind. Der Rat hat deshalb beschloffen, zur Bekämpfung der bei der Ostloshenstelle erwachsenen erheblichen und laufenden Kosten für 1917 ein Abschlagsgeld von 30 000 Mk. und, da die Tätigkeit der Ostloshenstelle noch längere Zeit notwendig werden dürfte, für das Jahr 1918 ein solches von 100 000 Mk. zu Lasten der Kriegsanleihe zu bewilligen. Die Stadtverordneten werden um Zustimmung ersucht.

Bestellungsanträge Eisen. Durch Bekanntmachung vom 10. Okt. sind beschlagnahmte und meldepflichtig sämtliche vorhandenen und neuereichten Mengen an Stab-, Form- und Wankereisen, Stab- und Formstahl, Nieten und Hähren aus Eisen und Stahl, Gussstahl, Temperstahl und Stahlguß. Der Zweck der Beschlagnahme ist die Verwendung von Eisen und Stahl zur Herstellung solcher Fabrikations-einrichtungen zu verhindern, die für die Kriegsindustrie und Kriegswirtschaft erheblich sind.

Errichtung einer Holzgasbrennstoffanlage. Der Rat beabsichtigt, auf dem Gaswerk II die aus dem Betriebe der Gaswerke hervorgehenden beträchtlichen Mengen Holzgas zu Ariteits verarbeiten zu lassen; es wäre das zugleich ein weiteres Mittel zur Bekämpfung des Mangels an Hausbrandstoffe. Die Herstellung der Anlage ist schon im September in Auftrag gegeben worden; der Rat rechnet mit ihrer Fertigstellung und Inbetriebnahme noch für Ende dieses Jahres. Er ersucht die Stadtverordneten um nachträgliche Zustimmung zu seinem Beschluß, zur Errichtung einer solchen Anlage 35 000 Mk. aus Konto 41 außerordentlich zu entnehmen.

Gegenstände aus Wachs. Zur Aufklärung bestehender Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Bezugspflicht der aus Wachs hergestellten Gegenstände hat die Hauptkammer Leipzig eine Entscheidung der Reichsbelegungsstelle herbeigeführt. Nach dieser ergibt sich folgendes: Bekleidungsstücke aus Wachs sind bezugsfrei, dagegen sind Möbel, Korbwaren, Koffer und Reisetaschen, auch wenn sie mit Wachs überzogen oder ausgefärbt sind, sowie Schirmmappen und Marktaschen aus Wachs bezugsfrei.

Wachsen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthof. Sonnabend, den 3. November, von 8—12 Uhr Verkauf nur an Umlauber von 1—2 Uhr an die Nummern 12001 bis 12500; von 2—3 Uhr Nr. 12501 bis 13500. Passendes Kleingeld und 4 Fleischmarken G sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 79501 bis 74700.

Freibank I: Morgen: Nr. 2871 bis 2885; Freibank II: Nr. 2366 bis 3170.

Schellenberger. Nr. 2001 bis 2400.

Neue Bekanntmachungen. Die in der vorliegenden Ausgabe abgedruckten neuen Bekanntmachungen betreffen: Großperrfahrten; Margarineverteilung; 300 Mk. Belohnung. — Für Leipzig-Land: Mehl- und Backwarenpreise.

Polizeinachrichten.

300 Mark Belohnung. Wie aus einer amtlichen Bekanntmachung in heutiger Nummer ersichtlich, ist in der Nacht zum 25. Oktober eine große Menge dort näher beschriebener sogen. Normalwäse gestohlen worden. Die Diebe sind höchstwahrscheinlich durch ein über den Eingangstür befindliches Fenster in den Laden gelangt und müssen, wie aus der Menge der gestohlenen Sachen zu schließen ist, einen Wagen zum Wegschaffen benutzt haben. Für Verbeischnung der Waren sind 300 Mark Belohnung ausgesetzt.

Diebstahl. Einem Herrn, der am 28. Oktober, nachmittags ½ 1 Uhr, in der Zeitzer Straße, Ecke Hohe Straße, vor der Hofstraße gestanden hat, ist, während er die Platte studiert hat, seine Geldtasche, die er neben sich auf die Erde gestellt hatte, gestohlen worden, ohne daß er es bemerkt hätte. Sie war aus braunem Leder, etwa 30 x 20 Zentimeter groß, hatte Nickelbeschläge und enthielt eine hellgraue Weste, zwei blaue Emaillierpfeife, einen blauen Ring, ein Buch, Weltkarte beiteilt, und etwas Brot und Butter. Gesamtwert etwa 100 Mk.

# Aus der Reichshauptstadt.

Zusatzproleten werden ausgegeben in Berlin für die beiden Wochen vom 5. bis 15. November 1917 (spätestens am Sonnabend, dem 3. November). In den andern Groß-Berliner Gemeinden erfolgt die Ausgabe an den genannten Tagen bei den von den Gemeindeverwaltungen bestimmten Ausgabestellen. Auf Nachlieferung von Karten kann nicht gerechnet werden. Tritt eine Veränderung in der Zahl der in dem Strich beschäftigten Personen ein, so muß die Veränderungsmeldung bis einschließlich Dienstag im Besitz der Schwerarbeiterzentrale sein. Die für die laufende Woche nachzugebenden Zusatzproleten sind stets am Freitag, spätestens am Sonnabend nach dem Meldungsstag von der Proletkommission abzuholen.

**Das Brotverbot.** Von Anfang November an ist bekanntlich die tägliche Mehlration von den Reichsbehörden auf 200 Gramm herabgesetzt worden. Als Ersatz dafür ist den Kommunalbehörden eine entsprechende Menge Kartoffeln zur Verfügung gestellt worden mit dem Auftrage, sie entweder zur Streckung des Brotes zu verwenden oder sie dem Verbrauch als Kartoffeln zuzuführen. Da die Brotkornmengen in Groß-Berlin zu der Reibereimenge gelangt, daß die Brotmenge von 1950 Gramm aufrecht erhalten sei, so hat ihr Ausschlag sich zur Verwendung der ersatzweise zur Verfügung gestellten Kartoffeln für die Brotstreckung entschieden. Weil sich jedoch frühere Kartoffeln mit dem gegenwärtig von der Reichsstelle überwiesenen hochprozentig ausgemahlenem Mehl nicht auf verbacken lassen, so werden die Kartoffeln zunächst zu Kartoffelmehl verarbeitet und dieses dann verbacken, so daß eine einwandfreie Beschaffenheit des Brotes ermöglicht wird. Die Brotstreckung mit feinem Kartoffelmehl ist untersagt. Der Brotpreis beträgt vom 5. November d. J. an für ein Schwarzbrot im Gewicht von 1950 Gramm 88 Pfg., für ein Weißbrot 95 Pfg. Kranenbrot erhält seinen Streckungspreis; sein Preis bleibt daher auch mit 96 Pfg. unverändert.

**Veränderung der Dienststunden der Proletkommissionen.** An sämtlichen Wochentagen, mit Ausnahme des Mittwochs, tritt durchgehende Arbeitszeit von 9 bis 4 Uhr ein. Nur am Mittwoch verbleibt es bei der bisherigen Dienstzeit von 8 bis 1 und 5 bis 7 Uhr, um der arbeitenden Bevölkerung an einem Tage Gelegenheit zu geben, am Schluß der Arbeitszeit ihre Kartenangelegenheiten in den Nachmittagsstunden zu erledigen. Sonntags sind die Kommissionen von 9 bis 11 Uhr geöffnet.

**Kaisers Papiergeld.** Am Umlauf sind falsche Darlehen 5-fache eine. Wiederholt sind derartige Nachahmungen zu 2 Mk. und 1 Mk. an öffentlichen Kasien angehalten worden, die aus Einzahlungen der Großen Berliner Straßenbahn hervorgehen. Daran geht hervor, daß man die falschen Scheine besonders bei den Kassierern und Kassierinnen der Straßenbahn abzugeben versucht.

**Eine besondere Krankenkasse für Zuckerkühe** ist in Nord-Berlin in der Spengelsstraße 29 in diesen Tagen eröffnet worden.

**Der Postkassierer als Dieb.** Ein ungetreuer Postkassierer wurde auf einem Berliner Amt in dem 57-jährigen Gustav Kadow entlarvt. In seiner Wohnung fand man ein ganzes Lager von Zucker und Schokolade, Pfeffer und Tabak, Stiefeln u. dergl. mehr.

# Aus der Umgebung Leipzigs.

**Mord in Breitenfeld bei Leipzig.**

Von Witterern gemeldet. — 1000 Mark Belohnung. Eine schreckliche Mordtat ist am Donnerstag, früh gegen 1/8 Uhr, an dem Förster Jahn vom Rittergut Breitenfeld im Tannenwalde, der zum Gutbezirk Breitenfeld gehört, verübt worden. Der Förster Jahn vom Rittergut Breitenfeld war schon seit einigen Tagen Witterern auf der Spur. Auch hatte er bemerkt, daß jedesmal früh, wenn er seine Streife durch den Tannenwald begann, in der Nähe seines Hauses ein Mann Schmiere stand, um selbst zu sehen, wohin sich der Förster wendete. Am Tannenwalde bemerkte er auch Wild- und Hasenspangschlingen. Mit dem nach dem Rittergut Breitenfeld kommandierten Flurschützen hatte er sich vorher in Verbindung gesetzt und mit ihm ausgemacht, er solle sich immer in der Nähe des Forsthauses aufhalten, um eventuell feststellen zu können, wer die Person wäre, die sich immer in den frühen Morgenstunden dort postierte. Ferner hatte der Förster zum Flurschützen gesagt, daß er sich an der Stelle, wo die Jaugschlingen aufgestellt waren, auf die Lauer legen wolle. Für den Fall, daß er sich in Not befinde, werde er zwei kurz aufeinander folgende Schüsse abgeben. Früh gegen 1/8 Uhr hörte der Flurschütze auch zwei Schüsse. Sofort eilte er an die ihm bekannte Stelle. Dort sah er eine offenkundige Jaugschlinge und neben dieser zwei Wildschlingen. 25 Meter hiervon entfernt, am sogenannten Fuchtschloß, wurde der Förster Jahn, in einer Blutlache liegend und gräßlich verblutet, aufgefunden. Die Leiche war allem Anscheine nach mit einem dolchartigen Messer durchschnitten worden. Am Abgange des Schnittes war ein Loch in der Größe eines fünf-Mark-Stücks entstanden. Das Gewehr des Försters lag neben ihm, in drei Stücken zerlegt. Der Schädel war vollständig zertrümmert. Von dem Täter oder den Tätern, auf deren Ergreifung 1000 Mark Belohnung von dem Rittergutsbesitzer gesetzt worden sind, fehlt jede Spur.

# Sächsische Angelegenheiten.

**Ein Defraudant.**

Aus Dresden wird berichtet: Kaum haben sich die Gemüter in der Arbeiterbewegung über die Unterschlagung von 100 000 Mk. durch den Geschäftsführer der Dresdner Volkszeitung, Wallisch, beruhigt, noch ist nicht vergessen der „freiwillige Abgang“ des Vorsitzenden der Metallarbeiter, Fritz Köller, über dessen finanzielle Operationen noch immer der Schleier des Vertuschens ruht, da trifft ein neuer Schlag die Gewerkschaftsbewegung. Der Vorsitzende und Geschäftsführer Paul Richter vom Fabrikarbeiterverband, Hauptstelle Dresden, und Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsartikels, ist plötzlich seines Amtes nach erfolgter Kontrolle durch ein Mitglied des Hauptvorstandes enthoben.

Interessant an der Sache ist, daß die ganze Reihe der Gewerkschaftsführer, die so unrühmlich aus ihrem Amte scheiden mußten, auch Vorstandsmitglieder des Dresdner Gewerkschaftsartikels waren und dort zu den lautesten Rufem im Streite zählten. Auch Richter gehörte zu diesen Leuten. Noch im Falle Weiß hielt er es für notwendig, über Unmoral usw. zu schimpfen und seinem Hauptvorstand, der gegen den Austritt der Zahlstelle Plauenischer Grund des Fabrikarbeiterverbandes eifrig Sturm lief, zu sekundieren. Mit dem Bruch der Ueberzeugung wurde die Notwendigkeit der Entlassung von W. verkündet. Und dieweil war dieser Moralverkünder schon längst mit dem Brandmal der Unmoral besätet.

**30 Prozent ist zu wenig!**

Wir teilten vor kurzem einiges aus dem letzten Geschäftsbericht der Sächsischen Gußstahlfabrik in

Döhlen mit. Die Zahlen zeigten, daß dieses Unternehmen in Gelde schwimmt. Man will wieder, wie schon voriges Jahr, 30 Prozent Dividende verteilen, aber der Reingewinn ist noch viel größer. Diese letztere Tatsache hat nun die Aktionäre mobil gemacht. Sie wollen noch mehr Dividende haben. Und ihr Anspruch ist nach dem Geschäftsabluß durchaus verständlich. Sie sind nicht damit einverstanden, daß so viel von dem Ueberfluß auf die hohe Kante gelegt werden soll. Was man weg hat, hat man weg. So denken sie wahrheitsgemäß. Um mit diesem Verlangen durchzudringen, wird ein recht außergewöhnlicher Weg gewählt. Herr Rechtsanwalt Moll, Berlin, veröffentlicht nämlich im Auftrage der gewinnhungrigen Aktionäre des Unternehmens in hiesigen Zeitungen folgendes bemerkenswerte Inserat:

Ansehts des überaus glänzenden Ergebnisses der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahre erscheint der Vorschlag der Verwaltung, die gleiche Dividende wie im Vorjahre (30 Prozent) zu verteilen, den Interessen der Aktionäre nicht genügend Rechnung zu tragen. Insbesondere erscheint die Uebertragung eines Gewinnsatzes von rund 3 400 000 Mk. auf neue Rechnung nicht gerechtfertigt. Bei einer Erhöhung des Bruttogewinns von rund 9 700 000 Mk. auf rund 13 100 000 Mk. (beides nach Abzug der Kriegsgewinnsteuer) und bei einer Erhöhung des regulären Abzuges von rund 6 000 000 Mk. auf rund 11 000 000 Mk. bei einem Aktienkapital von 10 Millionen Mk., ferner bei den großen Abschreibungen, die einseitig bei Uebernahme der Königin-Marien-Hütte Gainsdorf, aus dem Gewinn vorweg und andererseits auf regulärem Wege gemacht wurden, ist das Verlangen der Aktionäre nach einer angemesseneren Berücksichtigung durchaus verständlich. Ich bin beauftragt, in der am 6. November d. J. stattfindenden Generalversammlung den Vorschlag der Verwaltung, rund 3 400 000 Mk. aus dem Gewinn auf neue Rechnung vorzutragen, abzulehnen und dagegen die Abzweigung eines Beitrags von 1 000 000 Mk. von dieser Summe zur Erhöhung der Dividende von 30 Prozent auf 40 Prozent zu beantragen. Aktionäre, welche sich diesem Vorgehen anschließen wollen, werden um umgehende Angabe ihrer Adresse gebeten.

Es ist unnötig, diesen aufreizenden Zahlen noch Erläuterungen hinzuzufügen. Nur auf die Tatsache sei besonders hingewiesen, daß der Reingewinn wesentlich höher ist, als das gesamte Aktienkapital! Auch ihm gemessen, beträgt der Reingewinn 116 Prozent!!

# Frauenwahlrecht.

In Dresden hat die bürgerliche Frauenrechtlerin Marie Stritt über die Fortschritte der Frauenstimmrechtsbewegung im Auslande während des Krieges gesprochen. Unter der absoluten Herrschaft des Gewaltprinzips, das während der drei Kriegsjahre blutige Organe feierte, habe die Frauenstimmrechtsbewegung vor dem nie geahnte Fortschritte gemacht. In den Vereinigten Staaten konnten sich bei den letzten Präsidentschaftswahlen bereits in zwölf Einzelstaaten die Frauen beteiligen. Inzwischen sei das Frauenwahlrecht in sieben weiteren Einzelstaaten eingeführt worden, so daß in 19 von 48 Bundesstaaten das Frauenwahlrecht, wenn auch zum Teil mit Einschränkungen, durchgeführt sei. In andern Bundesstaaten stehe seine Einführung bevor. In Kanada sei, obwohl es auch dort nicht an Kämpfen gefehlt habe, die Einführung des Frauenwahlrechts in einer für europäische Begriffe verblüffend raschen Weise erfolgt. Die politische Befreiung der Frau habe der allgemeinen Volksaufklärung entsprochen.

Am überaus glänzenden wären die Ereignisse in England gewesen. Dort hätten die letzten 1 1/2 Kriegsjahre einen vollständigen Umschwung der Dinge gebracht. Am 1. Mai 1916 habe eine Vorlage auf Umgestaltung des Wahlrechts für die männlichen Personen die Frauenrechtlerinnen, die seit Kriegsbeginn ihre Propaganda suspendiert hatten, wieder auf den Plan gerufen; es wurde von ihnen das Wahlrecht für die Frauen verlangt unter Hinweis auf die Unentbehrlichkeit der Frauennarbeit im Kriege. Die öffentliche Meinung kam diesem Verlangen entgegen. Im August 1916 erkannte der irische Ministerpräsident Asquith, früher der unerbittlichsten Gegner, in einer öffentlichen Rede die Notwendigkeit an, den Frauen das gleiche Wahlrecht zu geben wie den Männern. Die Regierung brachte auch eine Vorlage ein, die das Frauenwahlrecht vorschlug. Im Parlament erfuhr sie freilich einige Einschränkungen, um zu verhindern, daß die Frauen sofort das Uebergewicht erlangen, was bei einem allgemeinen, gleichen Wahlrecht der Fall gewesen wäre. Mit 387 gegen 37 Stimmen wurde schließlich das Kompromiß angenommen. Haben die englischen Frauen also auch noch nicht das volle Wahlrecht erreicht können, so sei doch die Geschlechterbarriere gefallen, so daß sie sich voraussichtlich schon an den nächsten Parlamentswahlen beteiligen können.

Auch in Frankreich habe die Bewegung große Fortschritte gemacht. Ein Parlamentsauschuß habe beschlossen, daß unmittelbar nach dem Kriege ein Gesetzentwurf über das Kommunalwahlrecht für die Frauen einzubringen ist. Auch für das Kammerwahlrecht sei die öffentliche Meinung günstig. Die holländische Regierung habe bereits im November 1915 eine Vorlage eingebracht, die der Frau allerdings noch nicht die volle Gleichberechtigung brachte, insofern sie nur das passive und nicht auch das aktive Wahlrecht enthielt. Die Vorlage sei bereits von beiden Kammern angenommen und dabei zum Ausdruck gebracht worden, daß einem späteren Gesetzentwurf das aktive Frauenwahlrecht vorbehalten bleibe. Ueberaus günstig hätten sich auch die Verhältnisse für die ungarischen Frauen seit Tiszas Rücktritt gestaltet. Sein Nachfolger, Esterhazy, habe erklärt, daß die Regierung den Frauenforderungen wohlwollend gegenüberstehe, und daß sie bei der nächsten Wahlreform berücksichtigt werden sollen. Durch den Regierungswechsel hätten sich diese Ansichten nicht verschlechtert, im Gegenteil, es sei sogar geplant, den Kreis der herangezogenen Frauen (Arbeitskräfte, diplomatische und Hausfrauen) noch durch Hinzunahme der Arbeiterinnen zu erweitern. In Oesterreich habe die Forderung des Gemeindevahlrechts für die Frauen eine kräftige Unterstützung erfahren. Die Mehrheit des Wiener Gemeinderats habe sich dafür ausgesprochen. In den skandinavischen Ländern, mit Ausnahme von Schweden, beständen alle Frauen bereits das Wahlrecht. Nach den letzten Wahlen in Schweden habe auch die neue Regierung als erste Reform die Einführung des Frauenwahlrechts angekündigt.

Von außereuropäischen Ländern seien es hauptsächlich Südafrika und Mexiko, wo es vorwärts gehe. In Australien habe die Frau bekanntlich schon seit Jahren großen politischen Einfluß. In Rußland sei eine ganze Völkergemeinschaft entschlossen, der Frau die gleichen politischen Rechte wie dem Mann zu geben. Alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts über 21 Jahre sollen das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Das sei nirgends dagewesen.

Eine Anwendung auf die deutschen Verhältnisse zu ziehen, davon glaube die Rednerin absehen zu können, weil sie sich von selbst ergebe. Es, denn hier streitet man sich noch darum, ob man alle Männer für wahlfähig hält, ihnen das Wahlrecht zu geben.

In der Debatte wurde es als eine beschämende Tatsache bezeichnet, daß es fast überall vorwärtsgegangen sei, nur nicht in Deutschland. Frau Julie Salinger hielt nicht die Männer, sondern die unpolitisch denkenden Frauen für die schlimmsten Feinde des Frauenstimmrechts. Deutschland gehöre in dieser Beziehung mit Italien und den Balkanstaaten zu den rückständigsten Ländern. Diese traurige Tatsache dürfe aber nicht nutzlos machen, sondern müsse erst recht zur Weiterarbeit anspornen. Schließlich wurde auch die deutsche Frau, die doch ebenso in der Kriegsarbeit ihre Schuldigkeit tue wie die Frauen in den übrigen kriegsführenden Staaten, zu ihrem Rechte kommen.

# Kohlengeseh.

Gegenwärtig berät die Zweifelhedeputierten der Ersten Kammer das Kohlengeseh. Nach der kurzen offiziellen Notiz, die über die Verhandlungen der dritten Sitzung veröffentlicht wird, scheint es, als ob das Geseh noch mehr verschlechtert würde, als es schon von der Zweiten Kammer gesehen ist. Die Regierung hat auf die Fragen der Deputation geantwortet, die Deputation hält indes die Antwort für ungenügend, sie wünscht in verschiedenen Punkten eine Ergänzung der Antwort und erweiterte dann die Notwendigkeit des von der Regierung geforderten Regals. Dabei ergaben sich erhebliche Bedenken einer größeren Anzahl von Mitgliedern. Auch wegen der Entschädigung wurde das jetzt geplante Vorgehen vielfach als nicht ausreichend angesehen und namentlich der Zweifel erhoben, ob die in Aussicht genommene Förderabgabe dem § 31 der Verfassungsurkunde genüge. Die Verhandlungen werden am Freitag in Gegenwart von Regierungskommissaren fortgesetzt werden. Das kann ja ein Produkt werden, wenn die „Beratungen“ so weiter gehen wie bisher.

# Mahnahmen gegen die Auenweidherstellung.

Strenge geht die Amtshauptmannschaft Zittau gegen das unbesagte Vermehren von Korn vor. Kürzlich ist der Betrieb des Röhrlensbessers in Könnigsbain geschlossen worden, weil es Brotgetreide ohne den vorgeschriebenen Freigabechein von Selbstversorgern angenommen und unbesagt vernichtet hat. Gleichzeitig wurden die beteiligten Landwirte dadurch empfindlich bestraft, daß sämtlichen das Recht der Selbstversorgung für das Wirtschaftsjahr 1917/18 entzogen wurde.

**Bischofen.** Am Mittwochnachmittag sollte im Kino Kaiserpalast eine Auenweidvorstellung stattfinden. Als die Kinder in das Theater eintraten, entstand — aussehend durch Kurzschluß — ein Brand, der durch schnelle Hilfe aber bald unterdrückt werden konnte. Das Feuer rief unter den Kindern ein großes Gebränge hervor, wobei vier bis fünf Kinder leicht verletzt wurden.

# Berichtsaal.

## Schöffengericht.

**Zehntausend Mark Geldstrafe wegen Preiswuchers mit dänischen Ebern.** Im April 1916 kauften der Viehkommissionär Eugen Richard Zehsche und der Fleischermeister Oswin Röger von der Firma Rasmussen u. Blunke in Lübeck 24 Stück geschlachtete dänische Eber zum Preise von 240 Mark den Zentner. Die beiden Käufer machten sich nun dadurch des Preiswuchers schuldig, daß sie das Fleisch auf dem hiesigen Schlachthofe zum Preise von 350 bis 360 Mark den Zentner zum Weiterverkauf anboten. Wie von den Sachverständigen befundet wurde, war das Fleisch der Eber als minderwertig zu bezeichnen. Das Schöffengericht, das Röger bereits im November v. J. mit 10 000 Mark Geldstrafe belegte, verurteilt jetzt auch den Viehkommissionär Zehsche, der damals zum Heere einberufen worden war, ebenfalls zu 10 000 Mark Geldstrafe.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Eine neue christliche Gewerkschaft in Sachsen.

Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, haben sich die Eisenbahn- und Verkehrsarbeiter, die sonst dem Transportarbeiterverband angehörten, zu einem eigenen Verband zusammengeschlossen, der auf Wunsch der Regierung und mit Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften ausdrücklich auf das Streikrecht verzichtet hat. Man sollte meinen, daß infolge dieser Fälligkeit kein Grund mehr bestände, eine noch friedlichere Gewerkschaft der Eisenbahner ins Leben zu rufen, daß vielmehr nur alle Eisenbahner, soweit sie sich überhaupt entschließen und es für zweckmäßig halten, einen solchen „wirtschafts-friedlichen“ Verband beizutreten, sich dem neuen Verband der Eisenbahner- und Verkehrsarbeiter anschließen würden. Doch weit gefehlt! Die in Sachsen schon bisher bestehenden zahlreichen Eisenbahnervereine haben sich zu einem „Sächsischen Eisenbahnerverband“ zusammengeschlossen, der seinen Sitz in Dresden hat. Dieser Verband hat sich auch eine eigene Presse geschaffen, die unter dem Titel: „Sächsische Eisenbahnerzeitung“ erscheint. Außer dem Gesamtverband der sächsischen Gewerkschaften hat er sich auch dem Reichsverband der Staatsangehörigenverbände angeschlossen.

Es ist natürlich, daß die sächsische Staatsbahnverwaltung dieser Eingliederung die größte Sympathie entgegenbringt und daß für diesen Verband auf den Arbeitsstätten lebhaft agitiert werden darf. Der aber auf sein wichtigstes Recht verzichtende früher freigeberliche Eisenbahn- und Verkehrsarbeiterverband muß nun einsehen, daß er trotz seines Streikverzichtes nicht die Liebe der Regierung erwerben kann, er wird unter dem „Bürgerfrieden“ nur geduldet. So liegt sich zum Spott auch noch der Schaden.

## Zur Gehaltsbewegung in den Berliner Großbanken.

Eine im Reichsanwalt Wolkenstein vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten einberufene, von mehreren hundert männlichen und weiblichen Mitgliedern besuchte Versammlung nahm zu den augenblicklich stark interessierenden Fragen der Angestelltenanschlüsse, der Frauenfrage und der Gehaltsbewegung Stellung. Die Ausführungen der Referenten gipfelten in einer Resolution, die einstimmig Annahme fand: „Die am 26. Oktober d. J. tagende, überaus stark besuchte Versammlung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten erhebt schärfsten Protest gegen die in letzter Zeit an mehreren Orten des Reichs sich zeigenden Versuche des koalitierten Unternehmertums im Bankgewerbe durch Vereinbarungen, die sich einer öffentlichen Kontrolle entziehen, die Freizügigkeit der Bankangestellten über die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes hinaus zu verschlechtern. Die getroffenen Regelungen der Gehaltsbewegung, wie sie von den Großbanken vorgenommen worden sind, vermag die Versammlung in keinem Fall als genügend anzusehen. Sie beauftragt daher den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten, darauf hinzuwirken, daß die bisher in dieser so bedeutungsvollen Angestelltenfrage nicht gehörten Angelegenheiten bei den Bankleitungen baldmöglichst vorstellig werden und der tiefgehenden Unzufriedenheit der Beteiligten ebenso wie ihren in der Versammlung niedergelegten Wünschen nachdrücklich Ausdruck geben.“

## Die Holzarbeiter gegen den Verbandsvorstand.

In einer der letzten Nummern wurde an anderer Stelle das Vorgehen des Hauptvorstandes des Holzarbeiterverbands gegen den durch eine Vorlage über Neuregelung der Beiträge der lokalen Mitgliedschaften jede Selbstständigkeit durch Beschränkung der finanziellen Mittel nehmen will. — Am vorigen Sonntag fand im hiesigen Volkshaus ein Gantag des Dresdenener Gaus des Holzarbeiterverbands statt, auf dem 65 Delegierte aus 43 Orten anwesend waren. Die Vorlage des Hauptvorstandes wurde von den meisten Rednern scharf bekämpft. Besonders auch der Versuch, derartige wichtige Veränderungen ohne Verbandsrat durchzuführen zu wolle. Mit der Erhöhung der Beiträge erklärte man sich aber einverstanden. Das Ergebnis der etwa vierstündigen Beratungen war die Annahme einiger Anträge, die besagen: 1. Die Lehnung der Vorlage, weil ein Verbandsrat nicht möglich ist und ohne solchen so tief einschneidende Änderungen nicht zu billigen sind; zur Stärkung der Verbandsmittel und zur Abwehr von Verschlechterungen Beitragsverhöhung von 20 Pfg. für männliche, 10 Pfg. für weibliche Mitglieder; eine diesen Beiträgen entsprechende Neuregelung lediglich der Zentrale, Gewerkschaften und Arbeitslosenunterstützung. — Die angenommenen Anträge wurden dem Statutenberatungsausschuß überwiesen.



Ueberfluß.

Roman von Martin Andersen Nexø.

Einzige autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Herm. Riv. 74] (Nachdruck verboten.)

Da beging er eines Tages etwas Zeitloses: er nahm eine... (text continues)

Karl amüßte sich förmlich über diese Geschichten von dem Kandidaten... (text continues)

Ern und freundlich klang es ihm ins Ohr, wenn jemand zu ihm sprach;... (text continues)

Nur eins ging ihm nahe — der Frühling. Er empfand seine Spannung... (text continues)

Dann sah er den ganzen Tag an seinem Fenster und starrte in den Frühling... (text continues)

Karl machte immer weitere und weitere Gänge am Arm des Vaters... (text continues)

In einem trübem Tage kam der Vater aus der Stadt zurück... (text continues)

„Davon ist gar keine Rede. Aber ich weiß nicht... (text continues)

„Auf dem Markt ist ein großes Kohlengeschäft abzugehen... (text continues)

„Ja, das wäre eine Idee!“ Er ging eilig im Zimmer auf und ab... (text continues)

„Ich bin jetzt auch bald so gesund, daß wir unsre Koffer packen können.“

„Ja, du hast wohl Gott recht!“ sagte der Vater, während er mitten im Zimmer stehen blieb... (text continues)

„Nein, das mag wohl sein.“ erwiderte Karl lächelnd. „Da siehst du!“

„Die Befreiung bedeutet ja reinen Tisch.“ fuhr der Vater fort. „Jeder Winkel...“

„Geltlicher Muff! Hausfreunde und Duldbarmkeit! Erwartene...“

vor dem Alten! Gut bürgerlich gewichtige Faten und Ausführer... (text continues)

Allerlei Wohnungsbauten und Baustoffe.

Die ersten Wohnungen der Urmenichen waren jedenfalls Erdhöhlen... (text continues)

Es vor 2000 bis 3000 Jahren und teilweise noch früher die gewaltigen Steinbauten... (text continues)

Ebenso verschiedenartig wie die Art und Anlage der menschlichen Wohnungen... (text continues)

Verhältnismäßig jung ist die Verwendung von Eisen und Glas für Bauzwecke... (text continues)

In den neuesten Baustoffen gehört wohl das Papier, das sich als Allverweltstoff... (text continues)

Diese nur flüchtige Wanderung durch das Gebiet der menschlichen Wohnungen... (text continues)

Himmelsercheinungen im November.

Von den großen Planeten sind im November mit Ausnahme des Merkur alle zu beobachten... (text continues)

Zu Beobachtungen am Fixsternhimmel sind die dunklen, langen Nächte des November... (text continues)

Die Kreuzschreiber. Eine Bauernkomödie in 3 Akten (8 Bildern) von Ludwig Angenbruber.

Die Kreuzschreiber. Eine Bauernkomödie in 3 Akten (8 Bildern) von Ludwig Angenbruber.

Sonntag, 11. November, nachmittags 1/3 Uhr: Moral. Komödie in 3 Akten von Ludwig Thoma.

Sonntag, 25. November, nachmittags 1/3 Uhr: Torquato Tasso. Schauspiel in 5 Akten von Goethe.

Doppelpreise 1.80 M., Einfache Plätze 80 Pf., Stehplätze 45 Pf., III. Rang 25 Pf.

Neues Operetten-Theater. Sonntag, 18. November, nachmittags 1/3 Uhr: Warum geht's denn jetzt...

Doppelpreise 2.20 M., Einfache Plätze 1.10 M., Numerierte Galerie 55 Pf.

Karten für den 11., 18. und 25. November sind in den bekannten Stellen zu haben.

Neues Theater. Sonnabend, 1/7 Uhr: Don Juan. Sonntag, 1/7 Uhr: Aida.

Leipziger Schauspielhaus. Sonnabend, 1/8 Uhr: Luther auf der Wartburg.

Der Beginn der studentischen Tasso-Aufführung am Sonntag hat auf 1/11 Uhr verlegt werden müssen.

Wattenbergtheater. Abends 7 1/2 Uhr: Die Hofe vom Rhein. Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr: Die Hofe vom Rhein.

Konzerte und Vorträge. Sonnabend, 1/9 Uhr, in der Albertshalle: Ader- und Duettabend von Gertrud Barisch.